Was uns Karl Polanyi heute noch zu sagen hat

Peter Henseler[1)]

Karl Polanyi (geboren 1886 in Wien, gestorben 1964 in Toronto) war ungarisch-österreichischer Ökonom, Wirtschaftsjournalist, später wissenschaftlich tätiger Wirtschaftshistoriker, Kultur- und Sozialanthropologe[2)], dies alles verbunden mit einem aktiven Engagement als Volksbildner und zeitkritischer Beobachter; aus einem bürgerlich-liberalen jüdischen Elternhaus in Budapest stammend (Vater Eisenbahn-Ingenieur und -unternehmer, der seinen ursprünglichen Familiennamen Pollacek in Polanyi "hungarisieren" ließ); nach Universitätsstudien (Rechtswissenschaft und Philosophie) und erster beruflicher Erfahrung im Bereich der Arbeiterbildung in Budapest Wirtschaftsjournalist in Wien und (nach erfolgter Emigration) Auslandskorrespondent in England; dort zugleich (wie bereits in Budapest) auch in der Arbeiterbildung tätig; im Laufe des Krieges dann Forschungsstipendiat und später Gastprofessor in den USA (Columbia University, New York) mit Forschungsinteressen, welche die engen fachdisziplinären Grenzen der ökonomischen Theorie überschreiten, indem Fragestellungen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die institutionellen Aspekte wirtschaftlicher Prozesse und nicht zuletzt anthropologische Fragestellungen, insbesondere der Kulturanthropologie, mit in die Analyse einbezogen werden; schließlich Übersiedlung nach Kanada, weil seine Frau (Ilona Duczynska), als Sympathisantin und Aktivistin der rätedemokratischen Bewegung in Budapest 1918/19 am beginnenden "Kalten Krieg" rund 30 Jahre später, von den US-amerikanischen Sicherheitsbehörden als potenzielle Sowjetagentin verfemt, kein Einreisevisum in die USA bekam.

1. Markante Lebensdaten und Hauptwerk

1919: [Erste] Emigration nach Wien, um der Verfolgung durch die Horthy-Konterrevolution nach Niederschlagung der ungarischen Räterepublik zu entgehen. Polanyi war als Gründungsmitglied eines antimetaphysisch-positivistisch eingestellten Intellektuellenzirkels freidenkerischer Prägung, des Galilei-Kreises, hervorgegangen aus einer linken Studentenbewegung, eine gefährdete Person.

1923: Heirat mit Ilona Duczynska in der Reformierten Stadtkirche in Wien, Dorotheergasse. Nominell waren Karl Polanyi und seine Frau Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, ohne aber eine aktive Rolle, verbunden mit Parteifunktionen, in der österreichischen Innenpolitik zu spielen.

1925: Geburt der Tochter Kari Polanyi.

Bis 1933: Redakteur der Zeitschrift "Der österreichische Volkswirt" in Wien, eines renommierten wirtschaftspolitischen Publikationsorgans (gegründet 1908), dessen Mitherausgeber Gustav Stolper (1888-1947) später in Berlin die "befreundete" Zeitschrift "Der deutsche Volkswirt" gründete, die heute noch - mittlerweile unter dem Namen "Wirtschaftswoche" - erscheint. Eine Zusammenstellung wichtiger Artikel Polanyis zu damals aktuellen Themen aus dem Zeitraum 1924 bis 1937 findet sich in den Sammelbänden 1 und 2 "Karl Polanyi, Chronik der großen Transformation, Artikel und Aufsätze", herausgegeben von M. Cangiani und C. Thomasberger (2002 bzw. 2003)[3)].

Die philosophischen Ursprünge Polanyis im Budapester antimetaphysisch-positivistischen Galilei-Kreis wirkten noch in der Wiener Zeit in Gestalt seiner Verbindung zum "Verein Ernst Mach" nach[4)], der mit dem von Mach vertretenen antimetaphysischen Paradigma ursprünglich Vorläufer und dann Wegbereiter sowie in volksbildnerischer Hinsicht sogar Popularisierer des legendären "Wiener Kreises" der Philosophie des logischen Empirismus bzw. Neopositivismus war und sich personell weitgehend mit den "Physiker-Philosophen" des Wiener Kreises deckte.[5)]

November 1933: [Zweite] Emigration nach England angesichts der Etablierung des austrofaschisti-

schen (klerikalfaschistischen) Regimes in Österreich (nach Selbstauflösung des Parlaments im März 1933) bei Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses zum österreichischen Volkswirt, nunmehr als leitender Auslandskorrespondent ("foreign editor"), daneben Lehrtätigkeit in der "Externistenabteilung" der Universität Oxford und an verschiedenen Instituten der Universität von London sowie Tätigkeit in der Arbeiterbildung ("Workers' Educational Association") und in Fortbildungsveranstaltungen ("Trainings-Wochenenden") der Christlichen Linken ("Christian Left"), dem britischen Äquivalent der religiösen Sozialisten im Roten Wien, mit denen bereits in Wien Verbindung bestand.

Die Familie bleibt zunächst in Wien. Ilona Duczynska arbeitet auch noch nach dem im Februar 1934 niedergeschlagenen bürgerkriegsähnlichen Arbeiteraufstand in Untergrundpublikationen des bereits 1933 verbotenen Republikanischen Schutzbundes, der paramilitärischen Organisation der Sozialdemokratie, mit und kritisiert dabei insbesondere die Rolle der sozialdemokratischen Führung, die gegen den Rat ihres militärischen Beraters und Parteigenossen, des ehemaligen k.u.k. Generalstabsoffiziers Theodor Körner (1873-1957), das Risiko eines bewaffneten Aufstandes eingegangen ist und sich dann rasch in das Exil abgesetzt hat, nachdem sich Körners Einschätzung als richtig herausgestellt hatte. Seiner Auffassung zufolge waren die Erfolgsaussichten eines Aufstandes von vorneherein negativ zu beurteilen, weil in industriell gewachsenen Räumen die Voraussetzungen einer erfolgreichen Guerillataktik des Bürgerkrieges nicht gegeben gewesen seien. Näher ausgeführt und zusammenfassend finden sich diese Thesen dann in Ilona Duczynskas 1975 erschienenem Buch "Der demokratische Bolschewik" (siehe weiter unten). Erst 1936 kommt Ilona Duczynska nach England, die Tochter Kari hatte sie bereits kurz nach der Niederschlagung des Februaraufstands zum Vater geschickt.

1940: Übersiedlung Karl Polanyis in die USA.

1944: Nach rund vierjähriger Arbeit in den USA, zum Teil als Forschungsstipendiat, Publikation des Hauptwerkes "The Great Transformation", dessen englischer Titel auch in der deutschen Übersetzung beibehalten, aber mit dem Untertitel "Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen" versehen wurde (erschienen als Suhrkamp-Taschenbuch stw 260, 1978). Vorarbeiten entstanden bereits 1939 noch in England im Rahmen der dortigen universitären und außeruniversitären Lehrtätigkeit. In der Dankesadresse im Vorwort finden sich die Namen zweier später sehr bekannt gewordener Persönlichkeiten - beide österreichischer Abstammung und Emigranten in die USA: Es handelt sich um Peter F. Drucker (1909-2005), der als einer der Pioniere der Managementwissenschaften gilt, sowie den Soziologen Hans Zeisel (1905-1992), der an der berühmten Marienthalstudie ("Die Arbeitslosen von Marienthal", einer Arbeitersiedlung südlich von Wien, erschienen 1933) mitwirkte und damit einerder Pioniere der empirischen Sozialforschung geworden ist (er war mit einer Nichte Karl Polanyis, Eva Striker, verheiratet).

1944 ist im Übrigen auch das Erscheinungsjahr dreier weiterer für die gesellschaftspolitische Entwicklung und Debatte der Nachkriegszeit bis in die unmittelbare Gegenwart wichtiger und wegweisender Werke emigrierter Autoren (zwei davon - Hayek und Popper - waren österreichischer Herkunft, und ihre Bücher erschienen zunächst in englischer Sprache), nämlich

- "Der Weg zur Knechtschaft" von Friedrich A. von Hayek (1899-1992; Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1974), vom Autor laut Untertitel ausdrücklich "den Sozialisten in allen Parteien gewidmet";
- "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" von Karl R. Popper (1902-1994), bestehend aus den beiden Bänden "Der Zauber Platons" und "Hegel, Marx und die Folgen";
- "Dialektik der Aufklärung - Philosophische Fragmente" von Max Horkheimer (1895-1973) und Theodor W. Adorno (1903-1969), zunächst als Mimeographie des Typoskripts eines Forschungspapiers des New York Institute of Social Research der Columbia University, der Exilstätte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, erst 1947 in Druckfassung in einem Amsterdamer Verlag erschienen.

Die beiden zuerst angeführten Werke haben gemeinsam, dass sie grundlegend für eine liberale Gesellschaftsordnung wurden, die auf Gewährleistung maximaler Freiheit des Individuums ausgerichtet ist. Hayek wurde mit diesem Buch zum "Stammvater" und Wegbereiter des staatskritischen Wirtschaftsliberalismus, nicht zuletzt in dessen extrem marktradikaler Variante des sogenannten Neoliberalismus angelsächsischer Prä-

gung, die jeglichen Staatseinfluss als potenziell freiheitsgefährdend brandmarkte, Popper gilt als Stammvater der Philosophie des Kritischen Rationalismus sowie sozialphilosophisch und gesellschaftspolitisch als Wegbereiter der "offenen Gesellschaft", allerdings ohne der Verbalradikalität eines schrankenlosen Liberalismus zu verfallen. Während Hayek damit naheliegenderweise zum Antipoden Polanyis wurde, ist Poppers Sozialphilosophie der offenen Gesellschaft sehr kompatibel mit den Implikationen, die aus Polanyis Gesellschaftsphilosophie ableitbar sind[6)] (Näheres siehe unten).

Andererseits waren Popper und gemeinsam mit ihm Hayek gewissermaßen natürliche Antipoden von Horkheimer/ Adorno. Letztere waren die führenden Proponenten der "kritischen Theorie" der Frankfurter Schule der Soziologie und Sozialphilosophie, die kurz und prägnant gefasst auf dem "Hegel-Marxismus" und der dialektischen Methode basierte. Der umfangmäßig schmale, zunächst nur als Typoskript publizierte Band "Dialektik der Aufklärung" wurde zum zentralen erkenntnisleitenden Werk der Frankfurter Schule. Er befasste sich in seinem Hauptteil "Begriff der Aufklärung" mit der Verflechtung von Rationalität und gesellschaftlicher Wirklichkeit und setzte sich mit der Zwiespältigkeit der Aufklärung auseinander, laut Beginn der "Vorrede" gleich im ersten Satz mit der Frage, "warum die Menschheit anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten in eine neue Art der Barbarei versank." Das Scheitern der Aufklärung sei somit gewissermaßen in der "instrumentellen Vernunft" ihres Denkens angelegt, womit die Bereitschaft der "technologisch erzogenen Massen", sich dem "Despotismus der totalitären Ideologie" zu unterwerfen, erklärbar sei. Popper hingegen stand schon in den 1940er und frühen 1950er Jahren den im marxistischen Denken verbreiteten Annahmen zwingender historischer Entwicklungsgesetze kritisch, ja diametral ablehnend gegenüber. In den 1960er Jahren führte dies zu einer legendären methodologischen Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Sozialwissenschaften, dem so genannten "Positivismusstreit in der deutschen Soziologie" (so der Titel des 1969 erschienenen Tagungsbandes) zwischen der "kritischen Theorie" der Frankfurter Schule (Hauptproponent: Theodor W. Adorno, Sekundant: Jürgen Habermas) und dem Kritischen Rationalismus (Hauptproponent: Karl R. Popper, Sekundant: Hans Albert). Die Endphase dieser Auseinandersetzung fiel dann zeitlich mit dem Aufkommen der "Außerparlamentarischen Opposition (APO)" und der Studentenbewegung der "68er" in der Bundesrepublik Deutschland zusammen, die in der kritischen Theorie Frankfurter Prägung zunächst Vordenker und Anhänger gefunden hatte. Trotz einer durchaus nicht vorbehaltlosen Nähe zur marxistischen Methode (siehe dazu im Einzelnen weiter unten) finden sich in den Schriften Polanyis keine Hinweise auf eine nähere Befassung mit den Gedanken der Frankfurter Schule. Insofern stand er dem Kritischen Rationalismus Poppers näher als der "kritischen Theorie" der Frankfurter Schule, obwohl die Columbia University in New York zeitweise akademische Exilheimat sowohl von Karl Polanyi (ab 1947) wie auch der Frankfurter Schule (bis 1950) war.

Leider muss man konstatieren, dass von allen vier genannten, im Jahr 1944 erschienenen Werken Polanyis Buch den geringsten Einfluss auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte der nachfolgenden Jahrzehnte hatte. Dies liegt nicht an dessen mangelndem wissenschaftlichen Gehalt, sondern - wie unten noch ausgeführt wird - am spezifischen multi- bzw. sogar transdisziplinären methodologischen Ansatz Polanyis, der sich außerhalb des disziplinär abgegrenzten, akademisch etablierten Mainstreams und der dort gepflegten Paradigmen[7)] bewegte. Dem Institutionenökonomen und Wirtschaftshistoriker Douglass C. North ist zweifellos zuzustimmen, dass Polanyi "wenig Einfluss auf Ökonomen, dafür aber umso größeren auf die anderen Sozialwissenschaften und unter Historikern" hatte (Theorie des institutionellen Wandels - Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte, 1981; deutsche Übersetzung 1988, Fn. 10, S. 43), obwohl Polanyi selbst sein Hauptwerk "The Great Transformation" ausdrücklich nicht als "Geschichtswerk", sondern als Suche nach der "Zielrichtung" bedeutsamer Ereignisse "auf der Grundlage der von Menschen geschaffenen Formen" (mit einem anderen Wort: Institutionen) bezeichnete (deutsche Ausgabe 1978, S. 21).

Die Antipodenfunktion Polanyis gegenüber Hayek blieb ohne Auswirkungen in der praktischen Politik. Als echter Widersacher Hayeks hatte sich nämlich nicht Polanyi (1944), sondern bereits rund 10 Jahre früher der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) positioniert, dessen Hauptwerk "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" 1935 erschien, dessen volle Wirksamkeit sich aber erst rund 30 Jahre später bei der erfolgreichen

Bekämpfung der ersten größeren Nachkriegsrezessionen Ende der 1950er und in den 1960er Jahren entfaltete. Weitere 20 bis 30 Jahre später gewann wiederum Hayek die Oberhand über Keynes mit seiner Kritik am keynesianischen Staatsinterventionismus (Näheres siehe im Exkurs weiter unten).

1947: Berufung Karl Polanyis auf eine Professur für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University in New York.

1949: Wohnsitzbegründung in Kanada (dritte "Emigration"), um seiner Frau Ilona Duczynska, die wegen ihres Engagements für die rätedemokratische Basisbewegung in Budapest als Sowjetsympathisantin verfemt war und deshalb kein Visum in die USA bekam, die Einreise in die Neue Welt zu ermöglichen.

2. Weitere wichtige Publikationen Karl Polanyis

Als Ko-Autor bzw. Mitherausgeber gemeinsam mit C.M. Arensberg und H.W. Pearson: Trade and Markets in the Early Empires (1957);

Dahomey and the Slave Trade (1966).

The Livelihood [Lebensunterhalt] of Man (1977).

Weitere Aufsatzsammlungen (außer den bereits erwähnten zwei Sammelbänden von Artikeln aus dem österreichischen Volkswirt):

Band 3 des Sammelbandes "Chronik der großen Transformation, Artikel und Aufsätze (1920 - 1947)", herausgegeben von M. Cangiani, K. Polanyi-Levitt und C. Thomasberger (2005), Untertitel: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus;

Ökonomie und Gesellschaft (Suhrkamp-Taschenbuch stw 295, 1979): Diese Aufsatzsammlung enthält neben Arbeiten aus dem im Titel genannten Themenkreis hauptsächlich wirtschaftshistorisch-kulturanthropologische Arbeiten über antike sowie "primitive und archaische Wirtschaftsformen"[8], z.B. "Redistribution: Der staatliche Bereich im Dahome des 18. Jahrhunderts"[9], "Sortiment und Handelsunze im westafrikanischen Sklavenhandel", "Der marktlose Handel zur Zeit Hammurabis", "Über den Stellenwert wirtschaftlicher Institutionen in der Antike am Beispiel Athen, Mykene und Alalakh"[10].

Von den Arbeiten über Karl Polanyi ist zu erwähnen:

Karl Polanyi in Vienna - The Contemporary Significance of the Great Transformation, herausgegeben von K. McRobbie und K. Polanyi-Levitt (Black Rose Books Montréal/ New York/ London 2000). Der Band enthält eine Selektion von Papers, die bei der Fünften Karl Polanyi-Konferenz "Re-Reading the Great Transformation: Freedom in a Complex Society" anlässlich des 50. Jahrestages des Erscheinens der Studie "The Great Transformation" im November 1994 in Wien (gemeinsam mit dem Renner-Institut der SPÖ, der Forschungsstelle für Sozioökonomie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Karl Polanyi Institute of Political Economy an der Concordia University in Montréal) veranstaltet wurde. In seinem zweiten Teil präsentiert der Band bisher unveröffentlichtes Dokumentationsmaterial über Leben und Werk von Karl Polanyi und seiner Frau Ilona Duczynska in Wien von 1919 bis 1933.

Last but not least ist die Biographie, verfasst von seiner Tochter Kari Polanyi-Levitt, The Life and Work of Karl Polanyi, Montréal 1990, zu nennen.

3. Die Familie

Michael Polanyi (1891-1976), Bruder Karl Polanyis. Studierter Mediziner und Chemiker, zunächst Forscher und später Lehrstuhlinhaber im Bereich physikalischer Chemie in Deutschland und England, später nach intensiver Beschäftigung mit philosophischen Fragestellungen Inhaber einer philosophischen Forschungsprofessur in Manchester mit methodologischem (wissenschaftstheoretischem) und sozialphilosophischem Schwerpunkt, einschließlich philosophisch-theologischer Fragen der Naturwissenschaften. Bekannteste philosophische Bücher: Personal Knowledge - Towards a Post-critical Philosophy (1964); Implizites Wissen (1966, deutsche Übersetzung Suhrkamp-Taschenbuch stw 543, 1985).

Ilona Duczynska (1897-1978), Ehefrau Karl Polanyis. Sie war gemeinsam mit ihrem ersten Ehemann bereits in Budapest an anti-militaristischen Demonstrationen beteiligt, wurde deshalb verurteilt, inhaf-

tiert und im Zuge der ungarischen Revolution 1918 befreit. Neben ihrem sehr intensiven Engagement bei den Basisbewegungen der Linken jener Zeit sowohl in Budapest wie auch später in Wien (zum Teil im Untergrund) trat sie publizistisch insbesondere durch ein Porträt des früheren k.u.k. Generalstabsoffiziers und späteren Wiener Bürgermeisters sowie Bundespräsidenten Theodor Körner (übrigens Großneffe des deutschen Freiheitsdichters und Freikorpskämpfers gegen Napoleon, Karl Theodor Körner, 1791-1813) unter dem Titel "Der demokratische Bolschewik - Zur Theorie und Praxis der Gewalt" hervor (erschienen im List-Verlag München 1975 mit einem Vorwort von Friedrich Heer). Das Buch befasst sich laut Einleitung mit dem "von Theodor Körner entwickelten Begriff der modernen Guerillataktik des Bürgerkrieges einerseits" und den "von den Schutzbündlern im Nachfebruar [1934] vertretenen autonomen Formen der kommunistischen Bewegung andererseits" und stellt insbesondere Körners Einschätzung als erfahrener Generalstabsoffizier dar, was das Risiko eines bewaffneten Aufstands angesichts der geringen Erfolgsaussichten unter den damals seiner Auffassung zufolge nicht gegebenen Bedingungen angeht. Insoweit ist das Buch eine historische Studie über Theorie und Praxis der Arbeiterklasse im Widerstand gegen die politische Reaktion am Beispiel der bewaffneten Arbeiterverbände im Österreich der Zwischenkriegszeit.

Das Buch spielte noch Anfang der 1980er Jahre insofern eine Rolle, als Teile der Linken in Österreich, zu denen der seinerzeitige Programmdenker der SPÖ, Egon Matzner, gehörte, sich mit alternativen Taktiken des bewaffneten Kampfes kleiner autonomer Einheiten (angeregt nicht zuletzt auch durch Maos Guerillataktik) befassten, womit hier absolut nicht der RAF-Terror in Deutschland, sondern damals durchaus ernst zu nehmende Bestrebungen gemeint waren, die militärische Landesverteidigung in Österreich auf eine realistische Basis zu stellen. Diese glaubte man mit dem sogenannten Raumverteidigungskonzept und einem Milizheer, verbunden mit dem Namen des seinerzeitigen Armeekommandanten Emil Spannocchi, gefunden zu haben.[11)]

Kari Polanyi-Levitt (geb. 1923 in Wien), Tochter Karl Polanyis. Emeritierte Professorin für Entwicklungsökonomie zuletzt an der McGill University in Montréal, Mitgründerin des Karl Polanyi Institutes of Political Economy an der Concordia University in Montréal, Verfasserin und Herausgeberin der Biographie "The Life and Work of Karl Polanyi" (Montréal 1990).

4. Das journalistische Schaffen Karl Polanyis[12)]

Die von Polanyi in seinen Artikeln aufgegriffenen Themen sind sehr vielfältig. Sie reichen von den politischen Kämpfen im England der 1920er Jahre, der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er/ Anfang der 1930er Jahre, dem Zusammenbruch der Demokratien in Deutschland und Europa, dem US-amerikanischen "New Deal", der Entwicklung in der Sowjetunion bis zu Fragen der internationalen Politik zwischen den beiden Weltkriegen, vorwiegend aus englischer Perspektive mit den Augen eines österreichischen Auslandskorrespondenten in England. Diese Vielfalt kann im Einzelnen im Rahmen dieses Referats nicht ausgeleuchtet werden. Es sei daher nur auf einen interessanten Aspekt des ideengeschichtlichen Kontextes eines der Interessenschwerpunkte Polanyis hingewiesen.

In den Entstehungszeitraum dieser Artikel fällt ein markanter Paradigmenwechsel, eine Zeitenwende ökonomischen Denkens, nämlich das Scheitern der "klassischen", besser gesagt "neoklassischen" ökonomischen Theorien eines von staatlichen Einflüssen weitgehend frei gehaltenen bzw. (in normativer Sichtweise) frei zu haltenden wirtschaftlichen Handelns, das in Deutschland insbesondere zu der von den letzten Regierungen der Weimarer Republik verfolgten Austerity-Politik geführt hatte - staatliche Ausgabenreduktion ("cut back management") im Gefolge budgetärer Einnahmenausfälle - und sich krisenverstärkend in hoher Arbeitslosigkeit ausgewirkt hatte, dann Ende der 1920er und anfangs der 1930er Jahre sich in der globalen Dimension in der Weltwirtschaftskrise zeigte, bis es schließlich von einer staatsinterventionistischen ökonomischen Doktrin abgelöst wurde.[13)] Die darauf gegründete wirtschaftspolitische Konzeption von beschäftigungspolitischen Maßnahmen und - wie man noch in den 1960er Jahren zu sagen pflegte - antizyklischer Budgetpolitik (deficit spending) beruhte auf bewusst eingegangener staatlicher Verschuldung zur Überwindung von Rezession und Arbeitslosigkeit. Theoretisch fundiert war diese Doktrin von dem englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes geworden, dessen epochemachendes Werk "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" (im Allgemeinen unter dem Kurztitel "General Theory" zitiert) 1935 und in deutscher Übersetzung bereits 1936 erschienen ist.[14)]

Genau in diesem Zeitraum (1935/ 1936) erschienen im österreichischen Volkswirt einige Artikel Polany-

is, in denen er sich mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des amerikanischen "New Deal" unter Präsident Roosevelt befasste (z.B. "T.V.A. [Tennessee Valley Authority, die für die dortigen Wasserkraftprojekte verantwortlich war] - Ein amerikanisches Wirtschaftsexperiment", 1936). Bezeichnend ist, dass der Paradigmenwechsel, der in der Theorie und im akademischen Bereich mit dem Erscheinen der "General Theory" von Keynes 1935/ 36 eingeleitet wurde, sich publizistisch synchron bereits niederschlug, ohne dass die theoretische Basis im vollen Umfang bereits bekannt war. Jedoch war damals nicht nur die Journalistik, sondern vor allem die praktische wirtschaftspolitische Konzipierung der theoretischen Fundierung zeitlich voraus. So lagen die fertig ausgearbeiteten Konzepte der NS-Arbeitsbeschaffungspolitik, verfasst von Wirtschaftsführern (heutzutage würde man sagen: Managern), zum Teil mit jüdischen Wurzeln, bereits längst in den Schubladen, als die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen.[15)] Das Hinterherhinken der Entwicklung problemadäquater theoretischer Konzepte, aber vor allem ihrer Durchsetzung im akademischen Bereich, hinter den Erfordernissen der praktischen Politik, die bei entsprechend gut ausgeprägtem journalistischem Gespür von der Publizistik oft früher erkannt werden, ist vor allem dadurch bedingt, dass neue Paradigmen sich im akademischen Bereich zunächst gewaltigen Widerständen gegenübersehen, weil dort die angehenden Eliten von den Lehrstuhlinhabern des alten Paradigmas noch nach den alten, mittlerweile überholten Rezepten ausgebildet werden.

5. Exkurs zur Theoriegeschichte ökonomischer Lehrmeinungen (diesseits des Marxismus) und den daraus ableitbaren Liberalismuskonzeptionen

Die Theoriegeschichte ökonomischer Lehrmeinungen gliedert sich - kurz gesagt - in folgende Abschnitte: Nach den "Gründervätern" der ökonomischen Theorie als selbständige Wissenschaft, Adam Smith und David Ricardo, die uns weiter unten noch begegnen werden, gilt diese Epoche vom Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts als die Epoche der Klassik. In der wirtschaftspolitisch-konzeptionellen Umsetzung entspricht diese Epoche dem Wirtschaftsliberalismus bzw. in der ideologischen Ausprägung[16)], allerdings mit einem zeitlichen Abstand, dem politischen Liberalismus - beide mit der Zielsetzung der individuellen Freiheitsmaximierung verbunden.

Während in der Folgezeit in der Theoriegeschichte in Deutschland Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts vorübergehend die sogenannte "Historische Schule der Nationalökonomie" die akademische Vorherrschaft erlangte, orientierte sich die "Österreichische" bzw. "Wiener Schule der Nationalökonomie" bereits in dieser Zeit eher an den angelsächsischen Vorbildern eines methodologischen Individualismus.

Dies führte auf dem Sektor der ökonomischen Theorie im angelsächsischen Bereich Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Wiederbelebung der Klassik, die man deshalb "Neoklassik" nannte. Sie wurde in den 1930er Jahren durch das staatsinterventionistische Paradigma des Keynesianismus abgelöst, der bis in die 1960er Jahre die Oberhand behielt und in der wirtschaftspolitischen Konzeption der Nachkriegszeit in Deutschland, mit liberalen Ideen verbunden, zunächst in die Soziale Marktwirtschaft mündete, in den 1960er Jahren aber nochmals mit keynesianischen Konzepten untermauert wurde. Wirtschaftspolitisch-konzeptionell wie auch politisch-ideologisch bezeichnet man diese Epoche (im Wesentlichen nur mit Geltungsanspruch für den deutschen Bereich) als "Neoliberalismus" bzw. angesichts der Fokussierung auf den ordnungspolitischen Rahmen des im Übrigen freien wirtschaftlichen Handelns als Ordo-Liberalismus (Näheres siehe unten).

Ab den 1960er Jahren erlangten allmählich auf dem ökonomisch-theoretischen Sektor gegenüber dem Keynesianismus wieder die neoklassischen Theorien die Oberhand. Korrekterweise müsste man diese dann als Neo-Neoklassik bezeichnen. In der wirtschaftspolitisch-konzeptionellen Umsetzung propagierte diese Denkschule dann den sogenannten Monetarismus (Primat der Geldpolitik einer möglichst politikunabhängigen Notenbank) an Stelle des keynesianischen Fiskalismus (Priorität der staatlichen Fiskalpolitik, verbunden mit deficit spending bei konjunkturellen Rückschlägen). Hauptvertreter des Monetarismus war die Chicago-Schule, die vor allem mit Milton Friedman (1912-2006; Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft 1976) verbunden war. In der politischen Ideologie mündete dies schließlich, ausgehend wiederum vom angelsächsischen Bereich, in die radikale Ablehnung jeglichen Staatsinterventionismus und die Hegemonialisierung

des Marktes in Gestalt des (angelsächsischen) "Neoliberalismus", den man korrekterweise daher "Neo-Neoliberalismus" oder Marktradikalismus nennen müsste, um ihn vom Neo- bzw. Ordo-Liberalismus der Sozialen Marktwirtschaft abzuheben (siehe dazu auch unten), weil er den bestehenden Staatseinfluss auf die Wirtschaft nicht nur durch zum Teil unüberlegte und ökonomisch nicht zu rechtfertigende Privatisierungen, die auch vor öffentlichen Infrastrukturen nicht Halt machten, sondern insbesondere durch sogenannte Deregulierung, auch was die ordnungspolitischen Rahmenvorgaben anbelangt, möglichst zu beseitigen trachtete.

Konzeptionell vorbereitet war diese Politik durch österreichische wirtschaftsliberale Denker (Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises, denen wir unten ebenfalls noch begegnen werden) bereits ab den 1930er Jahren geworden. Hayeks Liberalismusverständnis ging dabei ursprünglich sogar noch weiter als jenes der späteren Monetaristen, weil er nicht nur eine auf künstlich niedrig gehaltene Zinsen orientierte Geldpolitik vorschlug, die im Übrigen mit zur gegenwärtigen Krise beitrug, sondern mit der Propagierung von Parallelwährungssystemen sogar das Geldmonopol des Staates generell in Frage stellte. Angesichts der aktuellen globalen Finanzkrise und Finanzmarktexzesse scheint sich nun zunehmend wieder die Einsicht der Notwendigkeit einer vermehrten Staatseinflussnahme durch verstärkte Re-Regulierung insbesondere der schrankenlos agierenden Finanzmärkte durchzusetzen. Ob dies auch in einen Paradigmenwechsel in der Theorie, also eine Art keynesianische Renaissance, verbunden mit einer Ablösung des Neo-Neoliberalismus, münden wird, ist noch nicht abzusehen. Aus der Perspektive des Autors dieses Beitrags wäre es jedenfalls zu wünschen.

6. Die Hauptthesen von Polanyis wissenschaftlichem Werk

Das gesamte wissenschaftliche Werk Polanyis kreist um die folgenden Hauptthesen[17]:

(1) Embeddedness: W=f(G)

Erstens die These der "embeddedness", genauer: des (sozialen) Eingebettetseins der Märkte und der Ökonomie schlechthin in soziale Institutionen. Dies gilt jedoch nicht nur für die Ökonomie, sondern insofern generell, als für Polanyi "wissenschaftliche Erkenntnis in eine kulturell geformte Vorstellungswelt, ein gesellschaftlich produziertes Bewusstsein" eingebettet ist (Einführung von Cangiani u.a. zu Band 3 der Aufsatzsammlung "Chronik der großen Transformation", S. 17). Mit einem Wort aus der aktuellen Migrationsdiskussion könnte man embeddedness auch mit Integration gleichsetzen. Noch plausibler und anschaulicher wird dies, wenn man sich auf die Betrachtungsebene des einzelnen Menschen begibt. Danach erscheint es fast schon trivial, dass - in der Diktion Polanyis (The Great Transformation, S. 75) - "wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen in der Regel in seine Sozialbeziehungen eingebettet ist." Daraus folgt - in der von Polanyi freilich nicht verwendeten Sprache mathematischer Funktionalbeziehungen und in moderner systemwissenschaftlicher Terminologie -, dass das ökonomische System, die Wirtschaftsordnung (mathematisch: die abhängige Variable mit dem Kürzel W) eine Funktion des sozialen Systems, der Gesellschaftsordnung, der gesellschaftlichen Organisation (mathematisch: der unabhängigen Variablen mit dem Kürzel G) ist. Nach den anthropologischen Forschungen Polanyis trifft diese Funktionalität auf Gesellschaften zu, die er als "marktlos" bezeichnet.

In moderner Terminologie und allgemeiner formuliert könnte man das "System", in welches nach Polanyi ökonomische Aktivitäten "eingebettet" sind, folgend Egon Matzner auch "Kontext" nennen (Näheres siehe unten), wobei dieser Kontext bei Polanyi sehr weit gefasst ist. Er umfasst ganz generell den sozio-kulturellen Kontext, der speziell in einen sozioökonomischen und in einen institutionellen Kontext unterteilt werden kann, worauf sich die

nachfolgenden Ausführungen im Wesentlichen stützen werden.

(2) Institution building

Daraus abzuleiten ist als zweite Hauptthese, folgend der Diktion des institutionellen Ökonomen Geoffrey M. Hodgson (Economics and Institutions, 1988, S. 152 und 253; sowie: Economics and Utopia, 1999, S. 81), dass die Ausdehnung der Marktwirtschaft und damit die Entstehung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert sehr wesentlich die Folge von Staatseingriffen war, was man in moderner (von Polanyi noch nicht verwendeter) Terminologie mit dem Schlagwort des institution building beschreiben könnte. Der Staat garantiert demnach das Entstehen der Märkte. Dies widerspricht total der (späteren) liberalen, insbesondere von Hayek vertretenen Anschauung, wonach die kapitalistische Dynamik allein auf dem Prinzip der Selbstregulierung der Marktkräfte beruhe.[18)] Mit der Ausbreitung des Kapitalismus wurde daher die staatliche Macht auch nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil sogar ausgedehnt, um insbesondere durch regulatorische Eingriffe die Funktionsweise der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Produktionsweise zu sichern, nicht zuletzt durch die Garantie einer funktionierenden Rechtsordnung zur Sicherung der ökonomischen Verfügungsrechte (property rights).

Die Vertreter des liberalen, insbesondere des marktradikalen ("neoliberalen") Paradigmas übersehen dabei, dass diese Sichtweise bereits vom Stammvater der ökonomischen Wissenschaft, den auch die liberalen Ideologen für sich beanspruchen, Adam Smith (1723-1790), dessen Wurzeln in der schottischen Moralphilosophie des späten 18. Jahrhunderts liegen, in seinem bahnbrechenden Werk "Wealth of Nations" (Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, erschienen 1776) vertreten wurde. Schon bei ihm sind Institutionen, insbesondere die Rechtsinstitutionen, "natürliche" (vernünftige) Folge der Entwicklung der Wirtschaftsgesellschaft.[19)] Anders als es bei Polanyis oben beschriebener Funktionalbeziehung von Ökonomie und Gesellschaft zum Ausdruck kommt, erscheint hier die Kausalität zwischen Institutionen und Wirtschaftsgesellschaft eher verschwommen (ähnlich wie in dem bekannten Henne/ Ei-Gleichnis). Dennoch ist eine Analogie aus Polanyis Theorie passend, nämlich die "Einbettung" des wirtschaftlichen Geschehens in einen institutionellen Rahmen. Speziell in der Keynes'schen Sichtweise äußert sich die "Einbettung" natürlich sehr markant darin, dass Wirtschaftsabläufe von staatlichen Interventionen beeinflusst sind - Einbettung gewissermaßen in die Arme des Staates.

(3) Great Transformation: G=f(W)

Schließlich leitet Polanyi daraus, insbesondere aus der oben angeführten ersten Hauptthese, drittens seine zentrale These der "Great Transformation" ab, die er zeitlich etwa Mitte des 19. Jahrhunderts als abgeschlossen angibt. Danach habe sich im Zuge eines länger andauernden Prozesses der Durchsetzung der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Produktionsweise und der geistig-kulturellen Hegemonialisierung der damit verbundenen Denkweise die oben dargestellte funktionale Beziehung umgekehrt. Demnach ist nicht mehr die Wirtschaftsordnung eine Funktion der Gesellschaftsordnung, sondern umgekehrt: die Gesellschaftsordnung (nunmehr als abhängige Variable G) eine Funktion der Wirtschaftsordnung (als unabhängige Variable W). Letztere hat sich somit verselbständigt, autonomisiert und schließlich aus dem sozialen Kontext herausgelöst, womit die ursprüngliche Einbettung aufgehoben wurde, d.h. Märkte wurden in der kapitalistischen Produktionsweise gewissermaßen aus der Gesellschaft "entbettet"[20)] - in moderner Terminologie könnte man auch von einer Desintegration sprechen. In der wissenschaftlichen Analyse dieses Vorgangs macht Polanyi mit seiner These der "Great Transformation" im Prinzip auf nichts anderes als auf den Umstand aufmerksam, dass der Wirtschaftswissenschaft die triviale Tatsache verloren gegangen ist, wonach das wirtschaftliche Geschehen in einen sozialen Kontext eingebettet ist. Seither wurden Generationen von Ökonomen ausgebildet, denen dieses Bewusstsein verloren gegangen ist, nachdem ihnen in ihrer Ausbildung das Denken in diesen Kategorien abgewöhnt worden ist.

Diesen historischen Vorgang der "Entbettung" nennt Polanyi "Transformation", ein Begriff, der nach der Implosion der Staaten des ehemaligen "Ostblocks" auch für den damals zunächst schockartig vollzogenen Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft in Beschlag genommen wurde. Ein Konnex zwischen dieser Terminologie und der Denkweise Polanyis besteht nur insofern, als der schockartige Übergang der totalitären Wirtschaftssysteme nicht gemäß der ersten und dritten Hauptthese in entsprechende soziale Institutionen eingebettet war und es zunächst nach der zweiten Hauptthese eines institu-

tion building durch die demokratisch neu konstituierten Staatsorgane bedurft hätte, um den Übergang zu erleichtern und friktionsfreier sowie ohne negative Begleiterscheinungen zu gestalten. Die bis dato noch immer nicht überwundenen negativen Begleiterscheinungen dieser Mängel zeigten sich nicht zuletzt in Gestalt von Korruption, krimineller Bereicherung weniger Privilegienritter, andererseits massenhafter Verelendung sowie Inflation und Arbeitslosigkeit, sofern es nicht, wie im Fall Jugoslawien, im Zuge des Auseinanderfallens eines Staatsgebildes sogar zu Bürgerkrieg und Genoziden kam und die sozialen Konflikte durch ethnische Konflikte verdrängt wurden. Man muss zugestehen, dass das, was Polanyi "Great Transformation" nannte, nicht unmittelbar eine operationale Theorie der "Transformation" vom Kommunismus zum Kapitalismus anbietet.[21)] Sehr wohl aber lassen sich mit Polanyis Theorie die erwähnten negativen Phänomene, die mit dieser "Transformation" verbunden sind, erklären. Verabsäumt worden ist offenbar, auf diesen Einsichten präventive Gegenstrategien aufzubauen.

7. Die von Polanyi angewandte Methodologie

Wie die oben dargestellte Auswahl seiner Arbeiten zeigt, ist Polanyis Werk äußerst vielfältig - es reicht von wirtschaftspolitischen Fragen seiner journalistischen Artikel nach jeweiliger Tagesaktualität (nicht zuletzt auch in der internationalen Dimension) bis zu den kulturanthropologischen Studien seiner letzten Lebensjahre. Seine Herangehensweise kann man ohne Zweifel als multidisziplinär, interdisziplinär, ja transdisziplinär bezeichnen, also die Grenzen etablierter Fachdisziplinen überschreitend, ohne diese aber zu verwischen. In den begrifflichen Kategorien der mathematischen Mengenlehre könnte man dies als Schnittmengenwissenschaft charakterisieren. Mit der Metapher "embeddedness" (vorwiegend der Ökonomie in die Gesellschaft) geht es ihm nicht um eine Hierarchisierung, also darum, einer Disziplin (hier also der Gesellschaftstheorie) einen Vorrang gegenüber einer anderen (hier also der Ökonomie) einzuräumen, sondern letztlich darum, in der wissenschaftlichen Betrachtung aller relevanten Phänomene die fachliche Überschneidung der beteiligten Fachdisziplinen hervorzuheben. Keinesfalls ist damit eine "Harmonisierung" unterschiedlicher fachlicher Betrachtungsebenen nach Art einer Vereinigungsmenge verbunden, die eine Art von pseudo-universalistischer Vereinigungswissenschaft hervorbringen würde.

Angesichts dieses Ansatzes ist daher leicht nachvollziehbar, dass man sich mit einer derartigen Herangehensweise außerhalb des Mainstreams etablierter Paradigmen bewegt und sowohl publizistische Aufmerksamkeit wie auch glanzvolle akademische Karrieren dann im Allgemeinen versagt bleiben, weil sich bei Überschneidung zweier oder mehrerer Disziplinen keine primär zuständig erachtet, um eine im Schnittmengenbereich entfaltete wissenschaftliche Aktivität zu fördern.[22)] Der Umstand, dass sich solche Denker im Allgemeinen nicht oder nur schwer "schablonisieren" lassen, führt nicht zuletzt dazu, dass sie kaum rezipiert werden und deshalb gewöhnlich auch nicht schulenbildend wirken. Unter dem Gesichtspunkt von Polanyis methodologischem Ansatz kommt noch erschwerend hinzu, dass die Metapher der Einbettung in einen "größeren" sozio-kulturellen Kontext sich dem Verdacht aussetzt, auf einem universalistischen Denkansatz zu beruhen, in welchem nach dem Vorbild der präfaschistischen universalistischen Gesellschaftslehre des Othmar Spann (1878-1950) im Wien der 1930er Jahre das Individuum keinen Stellenwert hat. Dieser Verdacht besteht zu Unrecht. Polanyi würde ihn wohl umgehendst und schärfstens zurückweisen, weil in seinem Denken der individuellen Entscheidungsfreiheit die höchste Prioritätsstufe zukommt.

In seiner literarischen Umsetzung hat Polanyis Vorgangsweise allerdings auch zur Folge, dass sich die Teile seines Werkes jeweils isoliert betrachtet im Allgemeinen leicht lesbar präsentieren (was angesichts seines journalistischen Ursprungs verständlich ist), im jeweiligen Gesamtwerk dann aber prima facie sehr heterogen zusammengefügt erscheinen und sich der Gesamtkonnex bisweilen nur mühsam erschließen lässt. Als besonders markantes Beispiel sei auf eine Stelle in der "Great Transformation" verwiesen. Dort findet sich auf S. 55 der deutschen Ausgabe (1978) der Satz: "Wenn wir den deutschen Faschismus verstehen wollen, müssen wir uns dem England Ricardos zuwenden." Da stockt zunächst der Atem, wenn man weiß, dass David Ricardo (1772-1823) nach Adam Smith der zweite "Gründervater" der Wirtschaftswissenschaften sowie als führender Vertreter der "klassischen" Nationalökonomie grundlegend für die liberale Außenhandelstheorie und Wegbereiter der britischen Freihandelsdoktrin des 19. Jahrhunderts war. Bei der fortgesetzten Lektüre sucht man dann zunächst vergeblich nach der Herleitung und näheren Begründung dieser kühnen Aussage.

Was Polanyi damit gemeint haben könnte, erhellt sich erst dann, wenn man sich seine Metapher der "embeddedness" erschlossen und verstanden hat, dass diese im Zuge der Entstehung der "Marktgesellschaft" in der "Great Transformation" verloren gegangen ist, was auf dem autoritär geprägten Kontinent - offenbar anders als in der liberalen Tradition auf der britischen Insel - das Entstehen des Faschismus begünstigt hat. In der Aufsatzsammlung "Ökonomie und Gesellschaft" findet sich sodann auf S. 193 eine Typologie der Aussagen wichtiger sozialwissenschaftlicher Autoren des 18. und 19. Jahrhunderts über den "Stellenwert des ökonomischen Systems in der Gesellschaft", wo Adam Smith als "ursprünglich gesellschaftsorientiert" (also "eingebettet") und David Ricardo als "ursprünglich wirtschaftsorientiert" (also "entbettet") angeführt ist. Auf S. 314 der "Great Transformation" ist dann zunächst zu lesen: "Wenn es je eine politische Bewegung gab, die den Erfordernissen einer Situation entsprach und nicht das Ergebnis zufälliger Ursachen darstellte, dann war es der Faschismus." Auf der gleichen Seite weiter unten hellt sich dann schließlich die kühne Behauptung von S. 55 allmählich auf, wenn gesagt wird: "Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich."

Aus Gründen der Klarstellung vielleicht zu ergänzen wäre: Die Transplantation einer liberal-kapitalistischen Doktrin, die bereits im Ursprungsland (Großbritannien) aus ihrem sozialen Kontext herausgelöst ("entbettet") war, in ein trotz formaler demokratischer Strukturen (Weimarer Republik) nach wie vor autoritär geprägtes Umfeld auf dem Kontinent hat das Entstehen des Faschismus begünstigt, der die verloren gegangene "Einbettung" zwangsweise wiederhergestellt hat. In Österreich war dieser Vorgang bekanntermaßen durch den Klerikalfaschismus der Ära Dollfuß/ Schuschnigg in den 1930er Jahren vorgeprägt, der gesellschaftstheoretisch auf dem Ständestaatsmodell und der Gesellschaftstheorie des Universalismus Othmar Spanns, dem autoritären Gegenmodell zum methodologischen Individualismus der klassischen Nationalökonomie des Wirtschaftsliberalismus in der britischen und österreichischen Tradition, beruhte. Auch damit hatte sich Polanyi in mehreren Artikeln kritisch auseinandergesetzt (z.B. "Othmar Spann, der Philosoph des Faschismus" und "Spanns faschistische Utopie", 1934, wiederabgedruckt in Band 3 der Aufsatzsammlung "Chronik der großen Transformation").

8. Polanyi als einsamer Wanderer auf der Suche nach einem "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Marxismus abseits der vorherrschenden Paradigmen und des dogmatisierungsanfälligen jeweiligen Mainstreams. Die von Polanyi angewandte Methodologie

(1) Die Absage an jeglichen Determinismus und die Rolle des Christentums

Sehr zentral in den Werken Polanyis ist seine Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Abgeleitet von der These der "embeddedness" wendet sich Polanyi "gegen jede Form des sozialwissenschaftlichen Determinismus, einschließlich der Vorstellung, der Sozialismus könne mechanistisch bestimmt und vorausgesagt werden" (Cangiani u.a., Einführung a.a.O., S. 17). Demokratie und Sozialismus sind für ihn deshalb "keine Notwendigkeiten, sondern eine Frage des Willens und der menschlichen Entscheidungen" (Cangiani u.a., a.a.O.). Insoweit spielt auch das Christentum, insbesondere die christliche Freiheits- und Gleichheitslehre, als prägender Teil des sozio-kulturellen Kontextes eine wichtige Rolle in seinem Denken, was sich nicht zuletzt in seiner Verbindung zu den religiösen Sozialisten in Wien und der "Christian Left" in England manifestierte (vgl. z.B. die "Notizen von Trainings-Wochenenden der christlichen Linken" 1937/ 1938, wiederabgedruckt im Band 3 der Aufsatzsammlung "Chronik der großen Transformation"). Als Erbe des Christentums betrachtet Polanyi gerade die menschliche (Entscheidungs-)Freiheit sowie die Betonung der Bedeutung des Individuums,[23)] und dieses Erbe sah er durch die Aufklärung des 18. Jahrhunderts einerseits und durch Karl Marx (1818-1883) andererseits weiterentwickelt (Cangiani u.a., Einführung a.a.O., S. 48). Polanyi sieht dabei das Bild, das er sich von Karl Marx und seiner Theorie machte, durchaus sehr widersprüchlich, nämlich einerseits den emanzipatorischen, freiheitsliebenden Marx, den er sehr positiv sieht, andererseits den deterministisch-mechanistisch denkenden Marx, dessen Implikationen er als potenziell freiheitsgefährdend kritisiert.

Als Folge dieser Sichtweise ist es leicht nachvollziehbar, dass Polanyi jeglicher "positivistisch-deterministischen" gesellschaftstheoretischen Konzeption kritisch gegenübersteht und dementsprechend auch "die marxistische Geschichtsinterpretation als deterministisch und letztendlich mit der menschlichen Verantwortung unvereinbar" zurückweist (Cangiani u.a., a.a.O., S. 46), ohne aber den Marx'schen Begriff der menschlichen Freiheit und dessen Analyse der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Strukturen zu verwerfen (Cangiani u.a., a.a.O., S. 48). Ja, er vertritt sogar die Auffassung, dass zu den "geistigen Voraussetzungen des Faschismus" (so der Titel eines Aufsatzes 1933, wiederabgedruckt in Band 3 der Aufsatzsammlung "Chronik der großen Transformation", S. 220) "auf dem geistigen Gebiet im engeren Sinn" nicht zuletzt "das 'falsche Bewusstsein' der sozialistischen Arbeiterbewegung, [...] die deterministische, naturalistische, agnostische, sog. 'marxistische Weltanschauung'" gehöre.

(2) Wegweiser in Richtung eines "Dritten Weges" eines "Liberalen Sozialismus"

Als Konsequenz aus diesen Befunden seien aus Polanyis Schaffen drei Bereiche herausgegriffen, die man als Wegweiser in Richtung eines "Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Marxismus identifizieren könnte (ohne dass diese Bezeichnung bei Polanyi vorkommt). Dieser Weg zeichnete sich schon in der Budapester Zeit ab, wo Polanyi im dortigen Galilei-Kreis Teil einer "Gegenkultur" war, die sich von liberalen Strömungen abhob, ohne deswegen in der Sozialdemokratie Halt zu suchen. Als Versuch einer Positionsbestimmung wurde für diesen Spagat die Charakterisierung "Liberaler Sozialismus" gewählt (Cangiani/ Polanyi-Levitt/ Thomasberger in der Einführung zu Band 3 der "Chronik der großen Transformation", S. 19). Die Wegweiser sind:

(a) Seine Beschäftigung mit den gildensozialistischen Ideen der britischen Arbeiterbewegung (vgl. Cangiani u.a., a.a.O., S. 25 ff.).

(b) Sein Projekt einer "sozialistischen Wirtschaftslehre" und hier insbesondere seine Auseinandersetzung mit einer "Sozialistischen Rechnungslegung" (so der Titel eines Aufsatzes 1922, wiederabgedruckt in Band 3 der Aufsatzsammlung "Chronik der großen Transformation", vgl. dazu auch die Einführung von Cangiani u.a., S. 29-31 und S. 35 ff.).

(c) Die Analyse "marktloser" Gesellschaften in den kulturanthropologischen Studien seiner späteren Lebensjahre.

Zu (a): Der englische Gildensozialismus ("Guild Socialism") verbindet korporatistische Elemente mit basisdemokratischen Elementen, wobei eine berufsständische, gemeinschaftsbezogene Organisationsform (insofern also zunftähnlich) allerdings auf demokratische Mitsprache und Kontrolle am Arbeitsplatz fokussiert wird, also eine Art dezentraler Sozialismus, gedacht als explizite Alternative zu zentralstaatlich-planwirtschaftlichen Konzeptionen.

Zu (b): In seinem Buch "Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus" (1922) begründete Ludwig von Mises (1881-1973), neben F.A. von Hayek der zweite prominente Vertreter der liberalen österreichischen Schule der Nationalökonomie, warum eine Planwirtschaft nicht funktionieren könne, und zwar weil es in ihr keinerlei Möglichkeit gebe, Preise zu bestimmen. Letztlich hat dies ja auch zum Zusammenbruch (Implosion) der Kommandowirtschaften des ehemaligen Ostblocks ab 1989 geführt. Zunächst aber war diese Frage in den 1920er Jahren unter den theoretischen Ökonomen intensiv debattiert worden und spielte noch in den 1960er Jahren sowohl in den westlichen wirtschaftspolitischen Einführungslehrbüchern als auch in den im Westen bekannt gewordenen Darstellungen der damaligen Reformideen östlicher Ökonomen eine Rolle, so z.B. in dem damals sehr bekannten Buch des tschechischen Wirtschaftsreformers Ota Sik (1919-2004), Plan und Markt im Sozialismus, erschienen im Molden-Verlag Wien 1965, laut Vorwort zurückgehend auf erste Vorarbeiten 1957/58. Mit dem Niederwalzen des "Prager Frühlings" 1968 sind diese Reformansätze dann zunichte gemacht worden. Dennoch ging man damals im Westen keinesfalls bereits von einem baldigen Zusammenbruch der östlichen Planwirtschaftssysteme aus. Unter dem Schlagwort "Systemkonkurrenz" wurden diese Kommandowirtschaften durchaus als ernstzunehmende weltwirtschaftlich agierende Akteure betrachtet, zumal die östliche Militärtechnologie noch als ernster Bedrohungsfaktor angesehen wurde (auch wenn die gewaltigen ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen, die dafür zu investieren waren, zu Lasten des Lebensstandards der Menschen gingen, und das Wettrüsten damit letztlich zum Untergang dieser Wirtschaftssysteme beitrug).

An der Debatte in den 1920er Jahren beteiligte sich vor allem auch Karl Polanyi, so bereits 1922 zunächst mit dem Aufsatz "Sozialistische Rechnungslegung", was insofern vorausblickend war, als damals planwirtschaftliche Organisationsformen ja erst kurz etabliert bzw. noch im Experimentierstadium waren. Im Anhang der zweiten Auflage seines Gemeinwirtschaftsbuches (1932) sah sich Mises sodann veranlasst, kritisch auf Polanyis Aufsatz einzugehen, was er zugleich mit einer Kritik an dessen Propagierung des Gildensozialismus verband (Zur Kritik der Versuche, ein System der Wirtschaftsrechnung für das sozialistische Gemeinwesen zu konstruieren). Es ist einer der ganz wenigen Fälle, in denen es zu einem Austausch gegensätzlicher Argumente zwischen Vertretern der etablierten Ökonomie und Polanyi kam. Polanyi replizierte darauf mit dem Artikel "Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung", wiederabgedruckt in: Ökonomie und Gesellschaft (1979).

Kurz gesagt ging es in der jahrzehntelang zum Teil öffentlich, zum Teil apparatintern geführten Debatte (solange es eben planwirtschaftliche Systeme gab) um die Möglichkeit, mangels Marktpreisen in einer "sozialistischen" Rechnungslegung zu "realistischen" Bewertungsfaktoren knapper Ressourcen zu gelangen. Dies führte in den zentralen Planwirtschaftsbürokratien zu mehr oder weniger primitiven Versuchen, mittels mathematisch komplizierter Modellrechnungen und den damals noch unterentwickelten Computertechnologien Preise zu simulieren und diese dann als Plangrößen vorzugeben. Wenn man diese gescheiterten Versuche heutzutage zu Recht negativ beurteilt oder gar belächelt, sollte man freilich bedenken, dass auch in den Marktwirtschaften westlichen Zuschnitts Preise nur zu einem geringen Teil - dem Anspruch der marktwirtschaftlichen Theorie entsprechend - die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse der Ressourcen und die Präferenzen der Konsumenten zum Ausdruck bringen, sondern zu einem beträchtlichen Teil durch monopolistische Markt-, genauer Machtstrukturen verzerrt sind, die eben auf unternehmensinternen Kalkulationen beruhen.

Zu (c): In seinen kulturanthropologischen Studien ging es Polanyi ähnlich wie in der seinerzeit aktuelleren Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Rechnungslegung sehr zentral um die Untersuchung der Existenzbedingungen sogenannter marktloser Gesellschaften, wobei die von ihm untersuchten archaischen und primitiven Wirtschaftsformen auf Gegenseitigkeit, Umverteilung oder Hauswirtschaften beruhten. Auch wenn diese Fragestellung ohne Zweifel gewichtig erscheint, sind Zweifel an der Richtigkeit der Unterscheidung der Begriffe Marktgesellschaft/ marktlose Gesellschaft bzw. Wirtschaftsform berechtigt. Selbst Wirtschaftshistoriker, die seinen institutionenbezogenen Untersuchungsansatz teilen, wie Douglass C. North (Theorie des institutionellen Wandels, 1981/ 1988, S. 43 und 110), werfen Polanyi zu Recht vor, einem grundsätzlichen Irrtum unterlegen zu sein, indem er davon ausging, "jede Abweichung von einem agoraartigen Markt"[24)] als ein "nicht-wirtschaftliches Verhalten" anzusehen. Polanyi habe demnach Markt mit einem "preisbildenden Markt" gleichgesetzt und dabei ausgeblendet, "dass jede Form freiwilligen vertraglichen Tausches einen Markt voraussetzt". Dabei sei ihm die "Vielfalt vertraglicher Vereinbarungen", die "keine preisbildenden Märkte" waren, selbst in der Zeit, in der nach seinem Hauptwerk die "große Transformation" in die Marktgesellschaft erfolgt ist, entgangen. Das spezifische Kennzeichen, das preisbildende Märkte von anderen Formen freiwilligen vertraglichen Tausches unterscheidet, sind nach North genau abgegrenzte und staatlich durchgesetzte Eigentums- und Verfügungsrechte, die staatlicherseits so zu gestalten sind, dass die Transaktionskosten, d.s. die Kosten der Anbahnung und des Abschlusses von Verträgen (Verhandlungskosten) sowie die Kosten der Durchsetzung der Vertragseinhaltung, minimiert werden. Ob diese allerdings eine Voraussetzung nur für die Existenz preisbildender Märkte sind, wie North annimmt, ist zu bezweifeln, weil solche Kosten wohl auch mit den anderen Formen vertraglichen Tausches verbunden sind.

9. Was ist bleibend von Polanyis Werk, also immer noch aktuell?

(1) Die Absage an dogmatisierte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeptionen - sowohl jener des "Neoliberalismus" wie auch jener des Marxismus:

Vorauszuschicken ist zunächst eine terminologische Klarstellung (siehe dazu auch den oben eingeschobenen Exkurs zur Theoriegeschichte ökonomischer Lehrmeinungen und den daraus ableitbaren Liberalismuskonzeptionen):

Wir sprechen im Folgenden hauptsächlich von "Neoliberalismus" und nicht von "Kapitalismus". Der Begriff "Neoliberalismus" kommt bei Polanyi nicht vor, weil er zu dessen Lebzeiten in seiner späteren hegemonialen sowie radikalen Ausbreitung noch nicht existierte, und auch der Begriff "Kapitalismus" nimmt bei ihm keinen zentralen Stellenwert ein.[25)] Er spricht statt dessen lieber von "Marktgesellschaft" oder "Ökonomie" schlechthin. Seine Kritik zielt aber genau auf das, was später (etwa ab 1970) mit der angelsächsischen Prägung des Begriffs "Neoliberalismus" zum Ausdruck kam, die man besser "Marktradikalismus" nennen sollte. Wir verstehen darunter sowohl eine wirtschaftspolitische Konzeption (Programm) wie auch eine politische Ideologie. Zunächst ist mit "Neoliberalismus" im Prinzip die Renaissance des Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemeint. In diesem Verständnis trifft der Begriff historisch nur auf den angelsächsischen Bereich zu. Im deutschsprachigen Raum, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland während der Wiederaufbauphase der Nachkriegsjahre (in der Zeit des "Wirtschaftswunders"), deckt der Begriff "Neoliberalismus" hingegen keine Renaissance, sondern eine völlig neuartige wirtschaftspolitische Konzeption ab, nämlich jene der Sozialen Marktwirtschaft, die - anders als die angelsächsische Neoliberalismusvariante - durch einen sozialpolitischen sowie ordnungspolitischen Rahmen gekennzeichnet ist, wobei man Letzteren auch als institutionellen Rahmen bezeichnen könnte. Diese Konzeption, die man daher auch als Ordo-Liberalismus bezeichnet, hat mit einem schrankenlosen Marktradikalismus angelsächsischer Prägung, für den ab den 1970er Jahren die Bezeichnung "Neoliberalismus" üblich geworden ist, nichts gemein. Nachdem aber die marktradikale Neoliberalismusvariante angelsächsischer Prägung ab den 1980er Jahren auch im deutschsprachigen Bereich zunehmend die Oberhand gewann, wäre es daher korrekt, dort statt "Neoliberalismus" besser "Neo-Neoliberalismus" zu sagen oder noch treffender von "Marktradikalismus" zu sprechen, weil dem Markt von den Proponenten dieses Modells die zentral erachtete (bei realistischer Betrachtung aber bei weitem überschätzte) Selbstregulierungskompetenz zugesprochen wird und Staatseingriffe als äußerst störend betrachtet werden. Die Vertreter der marktradikalen Variante des Liberalismus verdeutlichen ihre Position gegenüber der Denkweise der Sozialen Marktwirtschaft, die sie zum Teil sogar verbal verteufeln, nicht zuletzt damit, dass sie eine Marktwirtschaft "ohne Adjektive" befürworten. Ein bekannter Proponent dieser Sichtweise ist z.B. der gegenwärtige tschechische Präsident Václav Klaus.

In Österreich hat es bekanntlich ohnedies eine etwas andere Entwicklung gegeben: Das uns ebenfalls zuteil gewordene "Wirtschaftswunder" beruhte weitgehend auf korporatistischen Elementen, deren Wurzeln durchaus auch in der Ständestaatsideologie der Zwischenkriegszeit lagen, nämlich einer Nebenregierung in Gestalt der Sozialpartnerschaft, auf deren Abmachungen die sozial- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen im Sinne der deutschen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft beruhten. Politisch abgesichert war dies durch eine langjährige Große Koalition und nicht zuletzt ökonomisch abgesichert durch einen hohen Anteil verstaatlichter Grundstoffindustrien und eines teilverstaatlichten Bankensektors, der seinerseits beträchtliche Industriebeteiligungen hielt.

Folgen wir Polanyis Argumentation, sind beide - sowohl "Neoliberalismus" wie auch Marxismus - in ihrer dogmatisierten Erstarrung ihrer Einbettung in den sozialen Kontext verlustig gegangen, und zwar

- der "Neoliberalismus" angesichts seiner Idee der Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte, die nur einen Teil der Realität abbildet, weil die Funktionsfähigkeit der Märkte eines staatlichen Regulierungsrahmens (institution building) bedarf, was von den strikt marktradikalen Verfechtern des "neoliberalen" Paradigmas äußerst kritisch, wenn nicht gar ablehnend beurteilt wird;
- der Marxismus (zumindest in seiner totalitär-orthodoxen Entartung), weil er eine deterministische Entwicklungsperspektive vertritt, die - vermeintlich - unter bestimmten (erforderlichenfalls revolutionär herzustellenden) Bedingungen zwangsläufig eintritt, wobei sich nach den bisherigen historischen Erfahrungen mit diesem Gesellschaftsexperiment die "Zwangsläufigkeit" leidvoll als physischer Zwang im Gefolge der Unterdrückung menschlicher Freiheit manifestiert hat.

Bekanntlich ist diese Marxismusvariante vor zwanzig Jahren im Wesentlichen an ihrer Selbstüberschätzung gescheitert. Marx selbst war das Phänomen der "Entbettung" ja nicht unbekannt. Er hatte aber eine spezifische Form davon im Auge, nicht jene von einem sozialen Kontext, sondern die "Entfremdung" der Arbeitskraft von ihrem Arbeitsprodukt, oder hätte er sprachlich treffender "Verfremdung" dazu sagen sollen?

Damals, vor zwanzig Jahren, stand der "Neoliberalismus" (noch) in voller Blüte, ja er fühlte sich durch den Niedergang der Planwirtschaften erst recht gestärkt, und es entstand, folgend dem Feuilletonisten Thomas Assheuer in einer Buchbesprechung (Oliver Marchart, Die politische Differenz, Suhrkamp-Taschenbuch stw Nr. 1956, 2010) in der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT (Nr. 43, 21.10.2010, S. 52) der Eindruck, "der kapitalistische Westen habe die ehernen Gesetze der Geschichte entdeckt, denn sie erwiesen sich als identisch mit den vorgeblichen Gesetzen des Marktes." Staatsphilosophisch inspirierte Politologen wie der US-Amerikaner Francis Fukuyama hatten sich unter dem Eindruck der Ereignisse von 1989, dem vermeintlichen Sieg des Kapitalismus, gar zu der auf Hegel'sche Dialektik gegründeten These vom "Ende der Geschichte", so der Titel von Fukuyamas 1992 publizierter Schrift, mit der Demokratie als definitive Synthese verstiegen.

Mittlerweile zeigt sich aber bereits die Erosion demokratischer Institutionen, wenn wir an die signifikant sinkende Wahlbeteiligung denken.[26)] Der britische Politikwissenschafter Colin Crouch bezeichnet dieses Phänomen als "Postdemokratie" (nach seinem 2003 erschienenen Essay; deutsche Übersetzung: Edition Suhrkamp Nr. 2540, 2008). Neu an dieser Sichtweise ist, dass die demokratischen Institutionen formal noch weiter existieren, aber von den Bürgern nicht länger mit Leben ausgefüllt werden. Ähnlich argumentiert der französische Demokratiehistoriker Pierre Rosanvallon (Demokratische Legitimität - Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe, 2009; deutsche Übersetzung 2010), wenn er die Frage aufwirft, was zu tun sei, damit die Demokratie nicht eines Tages ohne Volk dastehe. Nicht neu, vielmehr altbekannt ist, dass dabei die wesentlichen Entscheidungen nicht mehr in den Parlamenten von gewählten Volksvertretern, sondern in einem intransparenten Zusammenspiel von ökonomischen sowie technokratischen Interessen und auf Machterhaltung fixierten politischen Funktionsträgern fallen. Die Machtlosigkeit der Bürger entlädt sich im Zorn, und die tonangebende Meinungspublizistik scheint ratlos zu sein, ob die protestierenden Bürger als modernisierungsfeindliche "Wutbürger" (nach einem Essay von Dirk Kurbjuweit, in: DER SPIEGEL, Nr. 41, 11.10.2010, S. 26) oder als Segen für die Demokratie, also als "Mutbürger" (nach einem Gegen-Essay von Barbara Supp, in: DER SPIEGEL, Nr. 42, 18.10.2010, S. 42), zu charakterisieren sind.

Ob und inwieweit diese Entwicklung institutionell zu neuen Konfliktaustragungsformen führen wird, wie sie derzeit in der "Schlichtung" des Konflikts um den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs offenbar nach dem Vorbild "Runder Tische" in ausweglos erscheinenden Situationen erprobt werden, ist noch nicht absehbar. Es sind gerade die institutionell orientierten Ökonomen, welche die Auffassung vertreten, dass eine "lernende" Wirtschaft und Gesellschaft eben nicht das Ende der Geschichte bedeutet (vgl. dazu den Untertitel des Buches "Economics and Utopia" von Geoffrey M. Hodgson, 1999: "Why the learning economy is not the end of history"), weil Hodgson (a.a.O., S. 2) zufolge Fukuyama ignoriert habe, dass die liberale Demokratie (zu ergänzen wäre wohl auch: Poppers Idee der offenen Gesellschaft) eben nicht einen "singulären Prospekt" verheiße, sondern "unendliche Möglichkeiten und potenzielle Transformationen" in sich berge. Dies sind gerade die Einsichten, die Karl Polanyi eröffnet hat. Sie begründen einerseits das Verständnis, dass Institutionen nicht statisch sind, sondern einem permanenten Wandel unterliegen (vgl. dazu programmatisch Douglass C. North, Theorie des institutionellen Wandels, 1988). Wenn sie sich andererseits dem Wandel verschließen und von den Bürgern daher nicht mehr mit Leben ausgefüllt werden, ist dies nach Polanyi ein Indiz dafür, dass nicht nur die Einbettung der Bürger in diese Institutionen, sondern auch die soziokulturelle Einbettung der Institutionen selbst verloren gegangen ist.

Heute, rund zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der marxistischen Systeme, sieht sich der "Neoliberalismus" unter Druck, verursacht im Wesentlichen durch eine menschliche Ureigenschaft seiner eigenen Hauptakteure, nämlich die Gier, Selbstüberschätzung und letztlich Realitätsverweigerung von Bankmanagern und Finanzmarktspekulanten, nach einem 2009 erschienenen Buch des medial sehr präsenten Münchner Wirtschaftsforschers Hans-Werner Sinn, der durchaus dem etablierten ordo-liberalen Mainstream zuzurechnen ist, daher treffend auch als "Kasino-Kapitalismus" bezeichnet.[27)] Wie die dadurch ausgelösten aktuellen Krisenfolgen letztlich ausgehen werden, ist nicht abzusehen, weil es nach bisherigen historischen Erfahrungen vermutlich nie einen definitiven Abschluss eines jeweils auftretenden Krisenphänomens geben wird, sondern eine Krise kaskadenartig in eine andere überzugehen droht (so der österreichische Wirtschaftsjournalist Ernst A. Swietly in seinem Buch "Große Finanzkrisen - Ein Kompass aus der Wirtschaftsgeschichte", 2009). Nach Assheuer (a.a.O.) wurde mittlerweile, nachdem 1989 das "marxistische Gewissheitssystem" zusammengebrochen war, auch "der siegreiche Westen mit seinem

Glauben an die unsterbliche Allianz aus Demokratie und Kapitalismus erschüttert." Ein Zyniker würde angesichts dessen vielleicht sagen: Was der Kommunismus nicht fertig brachte, nämlich den Untergang der Kapitalismus herbeizuführen, besorgt der Kasino-Kapitalismus selbst. Beide haben ja gemeinsam, dass sie an Selbstüberschätzung, verursacht durch konstruktivistische Illusionen, litten oder noch leiden.

(2) Die Einsicht des Scheiterns von "Schocktherapien" neoliberaler Provenienz bei der "Transformation" von Plan- in Marktwirtschaften:

Gescheitert ist nicht nur der totalitäre Marxismus, sondern - wenn auch (noch) nicht der "Neoliberalismus" schlechthin -, wohl aber das spezifische "neoliberale" Rezept in Form von "Schocktherapien" neoliberaler Provenienz bei der "Transformation" von Planwirtschaften in Marktwirtschaften, weil diese Therapien allein auf die Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte bauten, damit das Erfordernis der "Einbettung" in den jeweiligen soziokulturellen Kontext missachteten und schließlich den Aufbau entsprechender Institutionen zunächst vernachlässigten. Die negativen Begleiterscheinungen dieser Fehleinschätzungen, an denen die betroffenen Länder noch heute zu tragen haben, sind Korruption, massenhafte Verelendung, Bereicherung weniger Privilegierter und Pseudo-Demokratie. Auch diese Einsicht ist Karl Polanyi zu verdanken.

(3) Die Absage an eine "Globalisierung" schrankenloser Marktradikalität:

Die "neoliberale" Denkweise in ihrer grenzüberschreitenden Dimension in Gestalt der Globalisierung, die letztlich die schrankenlose Marktradikalität über staatliche Grenzen hinaus verkörpert, ist analytisch nicht anders zu beurteilen wie eine "Entbettung" aus dem jeweiligen nationalen oder regionalen Kontext. Das analoge Phänomen, nämlich in Gestalt einer zwangsweisen "Entbettung", zeigte sich historisch im Prinzip bereits im Zeitalter des Imperialismus bei der Kolonialisierung und in anders gearteter, aber in der Gewaltdimension vergleichbarer Form wieder bei der Entkolonialisierung seit den 1960er Jahren, als in den ehemaligen Kolonien Pseudo-Demokratien quasi-missionarisch nach westlichem Muster installiert wurden, in der Regel dann aber rasch scheiterten, von grausamen Diktaturen abgelöst wurden und häufig in blutigen Bürgerkriegen oder ethnischen Auseinandersetzungen endeten, die auch heute noch immer wieder aufflammen. Ähnlich lassen sich wohl auch die aktuellen, auf ökonomische und strategische Interessendurchsetzung zurückzuführenden "Interventionen" im Nahen und Mittleren Osten (Irak, Afghanistan) beurteilen. Man hätte an Stelle militärischer Intervention und der sie begleitenden, an westlichen Eliteuniversitäten ausgebildeten Politologen (als "Demokratisierungshelfer") besser Kulturanthropologen (als Entwicklungshelfer) dorthin entsenden sollen, sofern sie sich vorher in Polanyis Büchern kundig gemacht haben.

10. Was ist daraus zu folgern?

(1) Die Belebung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft

Auf dem Gebiet der Theorie der Wirtschaftspolitik sollte sich nicht zuletzt angesichts der aktuellen Finanzkrisenerfahrung die Einsicht verfestigen, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit Ordnungspolitik (ordnungspolitischer Rahmen wirtschaftlichen Handelns), ferner mit korporatistischen Arrangements sowie nicht zuletzt mit verstärkter staatlicher Regulierung vor allem auf der Ebene der EU, gegenüber dem schrankenlosen "Neoliberalismus" eine Belebung erfahren sollte, auch wenn unter den einstigen Urhebern dieser Konzeption in Deutschland, dem ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister sowie späteren Kanzler (von 1963 bis 1966) Ludwig Erhard (1897-1977) und im akademischen Bereich u.a. Wilhelm Röpke (1899-1966), unterschiedliche Auffassung darüber bestand, ob der Markt moralische Implikationen nach sich ziehe (Röpke) oder nicht (Erhard).[28)]

(2) Die soziale Kontextorientierung in den ökonomischen Fachdisziplinen

Auf dem Sektor der sozialwissenschaftlichen, insbesondere der ökonomischen Fachdisziplinen, wäre zu wünschen, dass die engen Fachdisziplingrenzen überwunden werden und sich die Ökonomie als "politische Ökonomie"[29)] nicht ausschließlich als "Theorie der Wirtschaftspolitik" versteht. Dies ist bei zwei der nachstehend angeführten Randgebiete der Wirtschaftswissenschaften erfüllt, die beide die von Polanyi aufgestellten Anforderungen der "Einbettung" wirtschaftlichen Handelns in einen gesellschaftlichen Kontext erfüllen, genauer

a) in einen sozioökonomischen Kontext in Gestalt der Sozioökonomie, die wirtschaftliche Aktivitäten im Verhältnis zu sozialen Prozessen untersucht und weitgehend auf eine deutsche Tradition, zurückgehend auf den Nestor der (deutschen) Soziologie Max Weber (1864-1920), zurückblikken kann;[30] sowie darüber hinaus

b) in einen institutionellen Kontext in Gestalt der Institutionenökonomie (Institutional Economics), die vorwiegend im angelsächsischen bzw. US-amerikanischen Bereich verankert ist und auch die Institutionen in ihre Analyse einbezieht, in deren Rahmen wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse ablaufen; schließlich

c) in einen soziokulturellen Kontext schlechthin, wie es zentrales Anliegen von Polanyis kultur- und sozialanthropologischen Studien war. Der Begriff "soziokulturelles" System wird im Übrigen auch von den neomarxistischen Systemtheoretikern in der Tradition der "kritischen Theorie" der Frankfurter Schule der Soziologie und Sozialphilosophie und den von ihr inspirierten Spätkapitalismustheoretikern der Post-1968er Bewegung (z.B. Jürgen Habermas, Claus Offe) verwendet (Näheres siehe unten).

Zu a) und b): Abgesehen von der Linzer sozialwirtschaftlichen Ausbildung sind diese beiden Bereiche auf akademischer Ebene in Österreich im Wesentlichen nicht, insbesondere was darauf spezialisierte postuniversitäre Forschungseinrichtungen angeht, oder nur vereinzelt und marginal vertreten.[31] Der früh verstorbene kritische Ökonom Egon Matzner (1938-2003; 1972 bis 1998 Professor für öffentliche Wirtschaft an der TU Wien) war 1992 bis 1998 mit der Leitung einer Forschungsstelle für Sozioökonomie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften betraut, wo er sich einem Verständnis von "Sozioökonomie" im eben genannten Sinn verpflichtet fühlte. Aus dieser Zeit stammen mehrere Arbeiten, in denen er sich mit dem "sozioökonomischen Kontext" (wirtschaftlichen Handelns) auseinandersetzte[32] und an einen ähnlichen Zugang erinnerte, der sich bereits bei Karl Popper findet, nämlich die "Logik einer sozialen Situation" oder die "Situationslogik der Geschichte".[33] Bezeichnenderweise wurde die genannte Forschungsstelle nach einer Evaluierung durch eine externe Kommission "abgewickelt", obwohl sie nachweisbar zu den erfolgreichsten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Akademie gehört hatte, und in eine Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration umgewandelt. Auch wenn damit positiverweise der Aspekt des institutionellen Wandels im Zusammenhang mit der EU in den Vordergrund gerückt worden sein mag, gibt dies nicht gerade zu Optimismus Anlass. Eine der treibenden Kräfte hinter dieser "Abwicklung" war Erich Streißler, Ökonomieprofessor an der Universität Wien und Gralshüter des wirtschaftsliberalen Paradigmas seines Lehrers Friedrich A. von Hayek, wie oben erwähnt eines gewichtigen Antipoden Karl Polanyis.

Eine Zusammenführung von Sozioökonomie und Institutionenökonomie in eine "Evolutionäre Ökonomie" ist Wolfgang Blaas (in den 1970er Jahren Mitarbeiter Egon Matzners und später Professor an dessen Institut an der TU Wien) zuzuschreiben, indem er die Idee Karl Polanyis unter dem Aspekt "evolutionärer Kontexte" aufgegriffen hat.[34] Ausgehend von Polanyis "Re-Endogenisierung" des wirtschaftlich handelnden Individuums ("economic man") in die Gesellschaft, verbunden mit der "embeddedness" des Marktes in das soziale System, lasse sich demnach wirtschaftliches Verhalten unmöglich so betrachten, als ob es unabhängig und vom sozio-kulturellen Background völlig entbunden sei. Als "evolutionären Kontext" bezeichnet Blaas dem gegenüber sowohl die Summe der Institutionen und Gewohnheiten (habits) wie auch das System relativer Preise, Vermögen und Einkommen. Beides repräsentiere das sozioökonomische Umfeld des Individuums (im Sinne Matzners Kontext-Begriff). Individuelle Handlungen sind daher, zurückgehend auf Matzner,[35] einerseits determiniert durch Institutionen und Gewohnheit ("institution-supported"), andererseits durch relative Preise, Kosten und Einkommen ("price-guided").[36]

Zu c): Der Ansatz der Spätkapitalismustheoretiker in der Tradition der Frankfurter Schule unterscheidet sich von Polanyis Embeddedness-These insofern, als sie in ihrer systemtheoretischen Betrachtung das sogenannte soziokulturelle System, das auch als normatives und legitimatorisches System bezeichnet wird, gleichrangig neben das ökonomische System stellen und beide Systeme Steuerungsleistungen vom sogenannten politisch-administrativen System empfangen, nämlich wirtschaftspolitische Interventionen in Richtung ökonomisches System und sozialpolitische in Richtung soziokulturelles System, womit von dieser Seite Massenloyalität gewissermaßen "erkauft" wird (vgl. dazu Claus Offe, Krisen des Krisenmanagements - Elemente einer politischen Krisentheorie, in: M. Jänicke, Herrschaft und Krise -

Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung, 1973). Daraus resultiert auch die Bezeichnung "legitimatorisches System". Im Einklang mit Polanyi steht der Umstand, dass dieses System gleichzeitig kulturelle Überlieferungen und Wertsysteme sowie jene Institutionen verkörpert, die über Sozialisations- und Professionalisierungsprozesse diesen Überlieferungen normative Kraft verleihen (vgl. dazu Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus, Edition Suhrkamp Nr. 623, 1973) - deshalb auch die Bezeichnung "normatives System".

(3) Die Implikationen von Karl Poppers "offener Gesellschaft" für Karl Polanyis Werk und warum Polanyi von den marxistischen Theoretikern nicht rezipiert wurde:

Karl Poppers "offene Gesellschaft" ist ohne Zweifel ein in der Tradition des Liberalismus stehendes Gesellschaftsmodell mit dem Ziel größtmöglicher individueller Freiheit, allerdings nicht im Sinne marktradikaler schrankenloser Freiheit (Laissez-faire-Gesellschaft), sondern mit dem Anspruch verbunden, Machtmissbrauch jeglicher Art zu verhindern, im politischen Bereich gewährleistet durch gewaltfreie Abwahlmöglichkeit der Regierenden - dies korrespondiert (wenn auch nicht unmittelbar im Fokus der Proponenten der offenen Gesellschaft als politische und gesellschaftspolitische Theoretiker) im ökonomischen Bereich mit der Verhinderung von Marktmacht in Gestalt monopolistischer Marktstrukturen.

Der Begriff "offene Gesellschaft" kommt bei Karl Polanyi (auf Basis einer groben Durchsicht seiner wichtigsten dafür in Frage kommenden Publikationen) praktisch nicht vor, obwohl umgekehrt Popper, wie oben zitiert, sehr wohl seine von ihm sehr positiv wahrgenommene Erinnerung an Polanyi dokumentiert und mit Dank verbunden hatte. Dennoch kann aus Polanyis manifester Absage an den Marx'schen Determinismus abgeleitet werden, dass er absolut kein Anhänger einer "geschlossenen Gesellschaft" ist, sondern im Gegenteil seine Achtung der individuellen Freiheit auf eine nicht-deterministische Geschichtsinterpretation und Entwicklung schließen lässt, die letztlich ergebnisoffen ist. Dadurch entgeht er auch dem, was sein Antipode Hayek "Die Irrtümer des Konstruktivismus" (nach seiner Salzburger Antrittsvorlesung 1970) nannte. Genau solchen Irrtümern ist Karl Marx (1818-1883) mehr als 100 Jahre nach seinem Tod, spätestens 1990, zum Opfer gefallen.

Es nimmt daher nicht wunder, dass Polanyi in staatstheoretischen Werken zeitgenössischer marxistischer Theoretiker praktisch keine Erwähnung findet, so z. B. in dem Buch "Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft" (1969; deutsche Übersetzung 1972) von Ralph Miliband (1924-1994). Gleiches gilt für bedeutende Autoren, die über den Austromarxismus geschrieben haben, z.B. Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus - Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (1985), sowie die deutschen marxistischen Staatstheoretiker und Vertreter des Paradigmas der "Politischen Ökonomie" in der marxistischen Tradition, die aus der 1968er Studentenbewegung hervorgegangen sind.[37)]

Von jenen Politikern, die sich - unabhängig von Polanyi - im deutschsprachigen Bereich dem Popper'schen Kritischen Rationalismus als Sozialphilosophie verbunden betrachten und diese als Gegenmodell zur marxistisch orientierten Gesellschaftstheorie der "Frankfurter Schule" und der "Politischen Ökonomie" der 1968er-Bewegung vertraten, ist vor allem der frühere deutsche Bundeskanzler (von 1974 bis 1982) Helmut Schmidt zu nennen. Beispielhaft sei auf den Sammelband "Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie", herausgegeben von G. Lührs, T. Sarrazin, F. Spreer und M. Tietzel, mit einem Vorwort von H. Schmidt (2. Aufl. 1975), verwiesen.[38)]

(4) Wäre der von den Wirtschaftsreformern vor dem Zusammenbruch der Planwirtschaftssysteme angedeutete "Dritte Weg" erfolgversprechender verlaufen, hätte man Polanyi Beachtung geschenkt? Eine "Was wäre, wenn"-Spekulation:

Zu bedauern ist abschließend nicht zuletzt Folgendes: Weitgehend ignoriert wurde Polanyi schließlich auch von führenden Theoretikern eines Dritten Weges, die vor 1968 in diversen Wirtschaftsreformen von einer Art Sozialistischer Marktwirtschaft träumten, bevor der Prager Frühling von den Panzern der Ostblockverbündeten niedergewalzt worden ist. Insbesondere gilt dies für einen der bekanntesten dieser Reformer, nämlich Ota Sik und sein Buch "Plan und Markt im Sozialismus" (1965), aber auch seine späteren Bücher im St. Gallener Universitätsexil: Demokratische und Sozialistische Planwirtschaft (1971), Der Dritte Weg (1972), Humane Wirtschaftsdemokratie - Ein dritter Weg (1979). Dieser "Dritte Weg" hat freilich absolut nichts mit dem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von Tony Blair (britischer Premierminister von 1997 bis 2007) unter dem Schlagwort "New Labour - New Britain" pro-

pagierten "dritten Weg" zwischen "altbackener" Sozialdemokratie und ungezügeltem Kapitalismus zu tun.[39] Unter diesem Schlagwort verbarg sich nichts anderes als eine mehr oder weniger geschickt getarnte Fortsetzung der unter den konservativen Vorgängerregierungen, insbesondere von Margaret Thatcher (Premierministerin von 1979-1990), verfolgten marktradikalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik.[40]

Auch wenn bekanntlich die seriösen Historiker "Was wäre, wenn"-Spekulationen nicht lieben, sei dennoch zum Abschluss eine sehr gewagte Hypothese gestattet. Es muss natürlich der Spekulation überlassen bleiben, was gewesen oder eingetreten wäre, wenn Karl Polanyi sein analytisches Auge auf die damals in Mittel- und Osteuropa diskutierten Wirtschaftsreformen, insbesondere jene des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus (Arbeiterselbstverwaltung), geworfen hätte, die unter dem Schlagwort "Vergesellschaftung statt Verstaatlichung" zu seinen Lebzeiten möglicherweise bereits absehbar waren, sich dann aber jedenfalls in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auch für westliche Beobachter erkennbar voll entfaltet hatten.[41] Auch dieses Modell ist gescheitert. Es wurde sowohl vom Marktradikalismus wie auch politisch - tragischerweise - vom wiedererwachten ethnischen Nationalismus und den daraus entstandenen Nationalitätenkonflikten überrollt. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien, in den 1960er Jahren von den Linken im Westen noch als nachahmenswertes Mustermodell gefeiert, ist auseinandergefallen, nicht zuletzt mit ausdrücklicher Ermunterung westlicher Außenpolitiker (der damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Alois Mock). Wir wissen also nicht, ob Karl Polanyi, der dem jugoslawischen Modell durchaus sehr ähnliche wirtschaftspolitische Ansätze vertreten hatte (Gildensozialismus), diesem Modell eine konsistentere theoretische Basis verleihen hätte können, das sein Überleben hätte sichern und damit möglicherweise auch viel Unheil verhindern können. Es gibt in seinen Schriften keine Belege dafür. In seinen letzten Lebensjahren hatte er sich ja schwerpunktmäßig in seiner Exilheimat Kanada mit seinen kulturanthropologischen Studien archaischer und primitiver Gesellschaften beschäftigt.

11. Fazit

Bleibt als trauriges Fazit: Karl Polanyi ist ein unkonventioneller, vielseitiger und zu Unrecht unterschätzter Denker, dessen Bemühen um eine integrierte, Fachgrenzen überschreitende Denkweise, sieht man von einigen englischen und amerikanischen institutionellen Ökonomen und Wirtschaftshistorikern ab, von den etablierten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fachdisziplinen weitgehend ignoriert worden ist. Lange vor den Reformbemühungen östlicher Planwirtschaften und noch länger vor den vermeintlichen Erneuerern sozialer Demokratie jüngeren Datums im Westen war Polanyi ein Vordenker eines "Dritten Weges" zwischen Kapitalismus bzw. Marktradikalismus ("Neoliberalismus") und Marxismus jenseits dogmatisierungsanfälliger bzw. sogar dogmenfixierter deterministischer Gesellschaftskonzeptionen. Dieser Dritte Weg ist als Realutopie (vorerst) gescheitert. Dies mag man bedauern. Aber man sollte zur Kenntnis nehmen, dass das Denken in der Kategorie eines Dritten Weges nicht deshalb obsolet geworden ist, weil angesichts der nur von Wenigen vorhersehbaren Schnelligkeit der Implosion der marxistisch inspirierten Kommandowirtschaften eine der beiden alternativen Konzeptionen zu diesem Dritten Weg verschwunden ist. Dies ändert nichts an der Richtigkeit des Denkansatzes von Karl Polanyi, zumal er von den fachlich in engen Grenzen spezialisierten Disziplinen des etablierten akademischen Mainstreams gerade deshalb aus ihrer Aufmerksamkeit ausgeblendet worden ist, weil er die engen Fachgrenzen überschritten und Dogmatisierungen radikal in Frage gestellt hat.

Eine Renaissance wird - wenn überhaupt - nur in anderer Form zu erwarten sein. Dabei wird sich im globalen Wettbewerb jenes System durchsetzen, das im Sinne der ökonomischen Allokationstheorie knappe Ressourcen jenen Verwendungen zuzuführen vermag, die nicht nur höchste ökonomische Effizienz, sondern auch möglichst faire ("gerechte") Verteilung erwarten lassen.[42] Dies ist ein Weg auf Messers Schneide, der noch ungeahnte Konflikte erwarten lässt. Karl Polanyi hätte uns vielleicht eine Richtung weisen können.

1) Die Ausarbeitung dieses Textes geht auf eine Anregung von Ali Gronner, Obmann des Unitarisch-Universalistischen Forums (UUF) in Wien, zurück. Der Text wurde ursprünglich auf der Webseite dieses Forums (www.unitarier.at) veröffentlicht.

2) Anthropologie: Wissenschaft vom Menschen, speziell im kulturellen Kontext als Kulturanthropologie und im sozialen Kontext als Sozialanthropologie.

3) Band 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie; Band 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen; erschienen im Metropolis-Verlag Marburg.

4) Benannt nach Ernst Mach (1838-1916), Philosoph, Physiker, Wissenschaftstheoretiker und Volksbildner. Ursprünglich initiiert vom Österreichischen Freidenkerbund, hatte sich der Verein insbesondere die "Popularisierung" der "wissenschaftlichen Weltauffassung" des Wiener Kreises zum Ziel gesetzt. Dabei wirkte auch Polanyi als Vortragender mit (1932 im Fach Wirtschaftsstatistik). Zur Geschichte des Wiener Kreises und der Verbindung Karl Polanyis zu diesem Kreis siehe Friedrich Stadler, Studien zum Wiener Kreis - Ursprung, Entwicklung und Wirkung des Logischen Empirismus im Kontext (1997), insbesondere unter den im Namensregister "Karl Polanyi" angegebenen Fundstellen.

5) Logischer Empirismus und Neopositivismus sind synonyme Bezeichnungen einer philosophischen Richtung, welche Kriterien für die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Aussagen und Denkmethoden aufzustellen bemüht ist, um damit deren Wissenschaftlichkeitsanspruch zu begründen (zu "verifizieren") oder zu verwerfen - daher auch die Bezeichnung "Wissenschaftstheorie" oder "Methodologie". Wesentliche Erkenntnisquelle ist dabei die sinnliche Erfahrung, bedeutendstes Ordnungsprinzip und Analyseinstrument die mathematische Logik. Als Ursprungszelle dieser Denkrichtung gilt der Wiener Kreis, der seine Blüte in den 1920er und frühen 1930er Jahren entfaltete und nach der Emigration seiner Mitglieder in den angelsächsischen Ländern fortwirkte und die dortige analytische Philosophie bis in die Gegenwart wesentlich beeinflusste. Verbunden mit dieser Denkrichtung ist nicht zuletzt ein antimetaphysischer Anspruch (Metaphysik: Philosophische Grundlagenwissenschaft, deren Erkenntnisanspruch über den Erfahrungsbereich der Einzelwissenschaften hinausgeht). Positivismus (abgeleitet von lat. positus = gesetzt i.S. des Gegebenen) und Metaphysik (jenseits der Physik = die Natur betreffende Wissenschaft) werden als Gegensatzpaar verstanden, um das empirisch Erfahrbare (daher auch Empirismus), Gegebene, Gesetzte vom Erdachten und spekulativ Konstruierten abzugrenzen.

6) So findet sich in einer Fußnotenbemerkung Poppers in der "offenen Gesellschaft und ihren Feinden" (Fn. 30 zu Kap. 3 von Band I) eine ausdrücklich dankende Erwähnung Polanyis und seines methodologischen Ansatzes im Zusammenhang mit der Anwendbarkeit physikalischer Modelle auf die Sozialwissenschaften nach Art einer "technologischen Theorie sozialer Institutionen", was von beiden Autoren eher kritisch beurteilt wurde. In seiner intellektuellen Autobiographie "Ausgangspunkte - Meine intellektuelle Entwicklung" (1974; deutsche Übersetzung 1984) hat Popper diesen Dank ausdrücklich nochmals bekräftigt (S. 23). Umgekehrt dürfte - in der persönlichen Sicht - für Polanyi kaum eine Arbeit von Popper so erkenntnisleitend geworden sein, dass sie von ihm zur Bestätigung oder auch Widerlegung eigener Thesen herangezogen worden wäre und sich deshalb auch als Zitat in seinen Arbeiten findet. Ohne alle Werke Polanyis systematisch dahingehend überprüft zu haben, lässt sich zumindest sagen, dass sich in Polanyis Hauptwerk "The Great Transformation" in den Anmerkungen kein Hinweis auf eine Arbeit Poppers findet. Popper, der sich mit seiner Philosophie des Kritischen Rationalismus (Betonung des Falsifikationsprinzips) später vom positivistischen Denken des Wiener Kreises abhob, gehörte selbst nicht zum "engeren" Zirkel dieses Kreises, hatte aber Verbindung zu ihm über eine weitere Untergruppe dieses Zirkels, den Gomperz-Kreis, benannt nach Heinrich Gomperz (1873-1942), den Popper durch Karl Polanyi kennenlernte (Friedrich Stadler, a.a.O., S. 527 f.).

7) Paradigma: Institutionell, vorwiegend im akademischen Bereich innerhalb einer bestimmten "scientific community" anerkanntes, tradiertes und daher dominantes Erklärungsmodell bzw. dominante Denkschule, zum Unterschied vom Dogma aber mit dem Anspruch einer wissenschaftlichen Theorie verbunden. Dogma: Grundlegende theologische Lehrentscheidung mit unumstößlichem (Glaubens-)Wahrheitsanspruch. Bezeichnenderweise nennt sich jene Teildisziplin der Ökonomie, die sich mit der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen und somit den damit verbundenen "Paradigmenwechseln" befasst, Dogmengeschichte (siehe dazu unten den abrissartigen Exkurs). Die Juristen sprechen statt dessen von "herrschender Lehre" oder Doktrin, unabhängig davon, ob diese universitär oder in der Spruchpraxis der Höchstgerichte entwickelt oder tradiert wird.

8) Zum Teil offenbar Kurzfassungen oder Folgeprodukte (in deutscher Übersetzung) der beiden o.a. nur in englischer Sprache vorliegenden Studien - ein editorischer Mangel dieser in deutscher Übersetzung vorliegenden Aufsatzsammlung besteht darin, dass die Erscheinungsjahre der einzelnen Aufsätze nicht angegeben sind.

9) Dahomey: ehemalige französische Kolonie an der westafrikanischen Küste, heute Benin, westlicher Nachbarstaat von Nigeria.

10) Alalakh: in der Antike Antiochia, wo erstmals die Bezeichnung "Christen" für die Anhänger Jesu auftauchte; heute Antakya, im Süden der Türkei nahe der Grenze zu Syrien und der Mittelmeerküste gelegen.

11) Dieses Konzept wurde allerdings nicht nur wegen unzureichender finanzieller Mittel, sondern auch wegen massiver Widerstände aus dem eigenen Generalstab nie bis zur vollen Effektivität umgesetzt. Mittlerweile ist dies Zeitgeschichte und durch die bekannten Umwälzungen wohl auch obsolet. Näheres zur Vorgeschichte des Körner-Porträts findet sich in dem Beitrag von A. Pfabigan, Ilona Duczynska and Austro-Marxism, in dem Sammelband über die Karl Polanyi-Konferenz 1994 in Wien.

12) Nach der in den ersten beiden Sammelbänden "Chronik der großen Transformation" zusammengestellten Artikelauswahl aus dem österreichischen Volkswirt aus den Jahren 1924 bis 1937.

13) Zur Theoriegeschichte der ökonomischen Lehrmeinungen siehe den anschließenden Exkurs.

14) Im Vorwort zur deutschen Ausgabe findet sich eine Bemerkung von Keynes, die man als kaum verschlüsselte Sympathieerklärung für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des NS-Regimes lesen könnte, indem er zum Ausdruck bringt, dass seine Theorie gerade in Deutschland "als wichtiger Beitrag zur Auslegung zeitgenössischer Ereignisse und zur Formung einer zeitgenössischen Politik" Akzeptanz finden wird, als Beitrag "eigens auf deutsche Verhältnisse" abgestellt.

15) Siehe die Dokumentation "Der Keynesianismus II - Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland - Dokumente und Kommentare", hggb. von G. Bombach/ H.-J. Ramser/ M. Timmermann/ W. Wittmann (1976). Dass ein österreichischer Landeshauptmann, der einmal die "ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches"

lobend hervorgehoben hatte und deshalb 1991 vorübergehend seines Amtes verlustig ging, dies geflissentlich übersehen hat, mag angesichts seines Backgrounds nicht überraschen. Es fiel allerdings auch der damaligen Medienberichterstattung nicht besonders auf. Abgesehen von den Artikeln über den US-amerikanischen New Deal und kritischen Analysen über den Faschismus finden sich keine spezifischen journalistischen Belege im Schaffen Polanyis über den Keynesianismus und dessen Implikationen für die Wirtschaftspolitik des NS-Staates. Sein Interesse in dieser Zeit wandte sich zunehmend eher kulturwissenschaftlichen als ökonomischen Fragen zu.

16) Ideologie: System von weltanschaulichen, politischen und generell wertenden Aussagen mit normativem Gestaltungsanspruch; politische (zum Unterschied von philosophischer) "Weltanschauung", ähnlich wie (religiöses) Dogma fest gefügtes Weltbild, aber mit zum Teil sehr einseitigen Bezügen und Werturteilen (zum Unterschied von einer wissenschaftlichen Erklärung mittels einer Theorie).

17) Gut lesbare Einführungen in das Denken Polanyis finden sich jeweils in den erwähnten Sammelbänden seiner Aufsätze und Artikel, so von S.C. Humphreys, Geschichte, Volkswirtschaft und Anthropologie (Einführung zu "Ökonomie und Gesellschaft", 1979); K. McRobbie/ K.Polanyi-Levitt, Introduction (zu "Karl Polanyi in Vienna", 2000) sowie in den Einführungen von M. Cangiani und C. Thomasberger zur dreibändigen "Chronik der großen Transformation" - Band 1: Marktgesellschaft und Demokratie: die Perspektive der menschlichen Freiheit - Karl Polanyis Arbeiten von 1920 bis 1945 (2002); Band 2: Machtpolitik, Systemkonfrontation und friedliche Koexistenz: die Bedeutung der Demokratie - Karl Polanyis Analysen der internationalen Beziehungen (2003); Band 3 (gemeinsam mit K. Polanyi-Levitt): Die Polarität: Menschliche Freiheit - marktwirtschaftliche Institutionen - Zu den Grundlagen von Karl Polanyis Denken (2005).

18) Man ist fast versucht, einen kühnen Analogieschluss zu ziehen, nämlich auf der einen Seite zwischen Hayeks Idee der spontanen Ordnung bzw. Selbstregulierung und der Entstehung des Universums nach Stephen Hawkings "neuer Erklärung des Universums" (gemeinsam mit Leonard Mlodinow) mit dem Titel "Der große Entwurf" (The Grand Design), 2010, und auf der anderen Seite zwischen dem institution building und der Idee der creatio originans nach der den biblischen Fundamentalismus und Kreationismus kontrastierenden theologischen Evolutionstheorie von Teilhard de Chardin (1881-1955). Hawking vertritt die Theorie der spontanen Entstehung "unseres" Universums (und aller anderen Universen) quasi aus dem Nichts analog wie Hayek den Markt als spontane Ordnung, als "Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs" (so der Titel eines grundlegenden Aufsatzes 1967/ 1969) erklärt. Teilhard hingegen vertritt die Auffassung des dieu évoluteur, der nämlich "macht, dass die Dinge sich machen" (in: Que faut-il penser du transformisme, 1957, zitiert bei Christian Kummer, Der Fall Darwin - Evolution und Schöpfungsglaube, 2009, S. 197) analog wie im Säkularen die Institutionen den Anstoß für das Entstehen der Märkte geben.

19) Erich Streißler (emeritierter Ökonomieprofessor der Universität Wien und Hayek-Schüler) in der Einführung zu einer Neuübersetzung des Adam Smith'schen Werkes von Monika Streißler (1999; UTB-Taschenbuchausgabe, 2005, S. 14). Streißler macht an dieser Stelle im Übrigen auf den von Smith vertretenen Evolutionsgedanken aufmerksam, wonach (auch) die Institutionen im Wettbewerb stehen, was zu einer natürlichen (gesellschaftsadäquaten) Auslese führe. Dies habe Darwin, der das Werk von Smith nachweislich kannte, mit zu seiner Theorie der natürlichen Auslese inspiriert.

20) Andreas Exner, Die "Große Transformation" zur "Großen Kooperation" - Commons, Markt, Kapital und Staat, in: Streifzüge - Magazinierte Transformationslust (Wien) Nr. 49/ Juli 2010, S. 38.

21) Egon Matzner, Monopolare Weltordnung - Zur Sozioökonomie der US-Dominanz, Marburg 2000, S. 91.

22) Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass in Österreich z.B. ökonomische Rechtsanalyse (in der Überschneidung von Recht und Ökonomie) anders als in den USA akademisch nicht etabliert ist.

23) Ohne dabei aber kritisch auf theologische Dogmen christlicher Religionen einzugehen. Insofern enthält die psychoanalytische Deutung des Trinitätsdogmas durch Erich Fromm (Die Entwicklung des Christusdogmas - Eine psychoanalytische Studie zur sozialpsychologischen Funktion der Religion, 1930) ungleich mehr gesellschaftspolitische Brisanz als Polanyis Schulungstätigkeit bei der britischen "Christian Left".

24) Agora: Markt- und Versammlungsplatz sowie häufig auch religiöser Mittelpunkt in der antiken Polis (Stadtstaat).

25) Unter "Kapitalismus" versteht man gemeinhin eine marktwirtschaftliche Produktionsweise, verbunden mit Gewinnstreben und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Diese Merkmale treffen auch auf den Begriff "Neoliberalismus" zu. Dennoch sind beide Begriffe nicht synonym zu verwenden, weil eine kapitalistische Wirtschaftsform auch dann (noch) vorliegen kann, wenn das zuletzt genannte Merkmal (Privateigentum) nicht oder nur teilweise (sei es mit privatem Mehrheits- oder auch nur Minderheitsanteil) erfüllt ist, sofern die anderen beiden Merkmale (marktwirtschaftliche Produktionsweise und Gewinnstreben) vorliegen. Man könnte dies durchaus "Staatskapitalismus" nennen, auch wenn diese Bezeichnung in diesem Kontext nicht im Einklang mit gewissen orthodoxen marxistisch-leninistischen Positionen stehen mag, die allerdings mittlerweile nur mehr historisch relevant sind.

26) Bei den letzten drei Wahlen zum europäischen Parlament (1999, 2004, 2009) ist sie europaweit unter 50% gefallen (Tendenz: weiter sinkend, in Österreich lag sie sogar noch unter dem europäischen Durchschnitt, ausgenommen 2009, als sich der Trend nach unten geringfügig umkehrte). Der gleiche Befund trifft aber auch für die nationalen Wahlen zu. Bei den letzten österreichischen Nationalratswahlen 2008 sind bei einer noch relativ hohen Wahlbeteiligung von rd. 80% erstmals die Wahlverweigerer zusammen mit den ungültig Wählenden als die "echten" Wahlsieger mit relativer Stimmenmehrheit hervorgegangen - eine von der Medienberichterstattung und von den professionellen politologischen Wahlanalytikern wie auch von der herrschenden politischen Klasse nicht wahrgenommene eindeutige Absage an die Parteiendemokratie der österreichischen Realverfassung.

27) Der Begriff "Kasino-Kapitalismus" stammt allerdings nicht von Sinn, sondern von der britischen Politikwissenschafterin Susan Strange (1923-1998), die bereits 1986 ein Buch mit diesem Titel veröffentlichte. In der Folge ist dieser Begriff jedoch publizistisches "Allgemeingut" geworden und hat mehrfach Aufnahme in Titeln einschlägiger Publikationen gefunden, so in einen gleichnamigen Artikel des deutschen Ökonomen Claus Noé (1938-2008; zeitweise Staatssekretär und Mitarbeiter führender deutscher sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitiker) in der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT Nr. 46 vom 7.11.1997.

28) Vgl. z.B. Wilhelm Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage (1958, 5. Aufl. 1979, S. 160 ff.), wonach Recht, Moral und Werteüberzeugungen nicht Kategorien seien, für die der Markt, sondern die Politik Sorge zu tragen habe. Nach einem jüngsten Artikel des Philosophen und Bestsellerautors R.D.

Precht (Soziale Kriege - Vom Unbehagen der bürgerlichen Mittelschicht, in: DER SPIEGEL Nr. 39/ 27.9.2010, S. 177) beruhe bei Röpke die Marktwirtschaft auf Voraussetzungen, die sie nicht selbst erzeugen könne. Der ökonomisch (gewinnorientiert, zweckrational) Handelnde erzeuge damit keine Moral, sondern im Gegenteil - er "verbrauche" gewissermaßen Moral, die er in der Gesellschaft vorfindet, indem er z.B. Fairnessregeln nutze, Vertrauen einfordere und selbst auf solche Regeln vertraue. Insofern sei der Markt sozusagen ein "Moralverzehrer".

29) Diesen Begriff hatte bekanntlich hauptsächlich Karl Marx geprägt und verwendet (Zur Kritik der politischen Ökonomie, 1859), und er wurde von seinen Epigonen bis in die Gegenwart für die marxistische ökonomische Theorie in ihrer deterministischen Ausprägung mit dem Endziel der klassenlosen Gesellschaft usurpiert. Dem gegenüber legen die nichtmarxistischen Vertreter einer "politischen" Ökonomie (als Theorie der Wirtschaftspolitik) ihr Augenmerk hauptsächlich auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse und deren institutionelle Voraussetzungen.

30) Dieser Denkansatz bildete zumindest in der Gründungs- und Anfangsphase einen Studienschwerpunkt der Linzer Universität, die ihren Studienbetrieb 1966 - damals noch als Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften - aufnahm und erstmals und einmalig in Österreich die Studienrichtung Sozialwirtschaft (Sozialökonomie) einführte, wobei die Priorisierung des sozialen Aspekts vor dem wirtschaftlichen auch in der damaligen Bezeichnung der neu gegründeten Hochschule (heute: Johannes Kepler-Universität) sowie bis heute noch in den akademischen Graden der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen zum Ausdruck kommt.

31) Das Department Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien ist ungeachtet seines Anspruchs "transdisziplinär ausgerichteter sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung" im Prinzip nur eine organisatorische Zusammenfassung von Instituten, die nicht unmittelbar rein volks- und betriebswirtschaftliche Fächer vertreten (Sozialpolitik, Wirtschaftssoziologie, Wirtschaftsgeographie, Wirtschaftsgeschichte, Regional- und Umweltwirtschaft).

32) Instrument-Targeting or Context-Making? A New Look at the Theory of Economic Policy, in: Journal of Economic Issues (1994); Der sozioökonomische Kontext - Argumente für eine neue wirtschaftspolitische Denkform (in: Festschrift für Fritz W. Scharpf, 1995).

33) K.R.Popper, Das Elend des Historizismus (1957; deutsche Übersetzung 1965); vgl. dazu auch A. Bhaduri und E. Matzner, The Socio-economic Context: An Approach to Popper's Situational Analysis, in: E. Matzner, Die verhinderte Abwicklung [nämlich der Forschungsstelle für Sozioökonomie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften] - Eine Dokumentation (1998); E. Matzner, Der Schlüssel: Der sozioökonomische Kontext oder die Logik der sozialen Situation, in: E. Matzner, Monopolare Weltordnung - Zur Sozioökonomie der US-Dominanz (2000).

34) On the economics of evolutionary contexts, Paper presented at the 5th International Karl Polanyi Conference, Wien 1994; Evolutionary contexts, Paper presented at the 10th Annual Conference on Socio-Economics, Wien 1998.

35) E. Matzner, Policies, Institutions and Employment Performance, in: E. Matzner/ W. Streek (Hgb.), Beyond Keynesianism - The Socio-Economics of Production and Full Employment (1991), S. 233.

36) Ein dem sozioökonomischen Kontext in der Funktionalbeziehung Wirtschaft/ Gesellschaft analytisch vergleichbarer Kontext findet sich in der Architektur, Stadt- und Regionalplanung (physical planning), die Abbild der räumlichen und zeitlichen Organisation einer Gesellschaft ist, andererseits diese Organisation wiederum sehr wesentlich beeinflusst. Man könnte daher von einem räumlich-zeitlichen Kontext sprechen, durch den individuelle und soziale Handlungsspielräume im alltäglichen Erfahrungsbereich der Menschen beeinflusst werden. Dies zeigt sich insbesondere bei den durch die räumliche und zeitliche Organisation determinierten Restriktionen individuellen Handelns. Aufgezeigt hat dies erstmals der schwedische Kulturgeograph Torsten Hägerstrand an Hand eines "Raum-Zeit-Modells" (vgl. z.B. sein Essay "What about people in Regional Science, Papers of the Regional Science Association 1970). In der Architektur und im Städtebau wirft dies die äußerst relevante Frage der Kausalität von "Sachdominanz in Sozialstrukturen" (nach dem Titel einer Schrift des Stadtsoziologen Hans Linde, 1970) auf. Angesichts der menschenfeindlichen architektonischen Exzesse in unseren Ballungsräumen sollte man diese Kausalität analog zur Embeddedness-These Polanyis vielleicht eher umgekehrt betrachten, um die Sozialdominanz in Sachstrukturen zur Geltung zu bringen.

37) Beispielhaft sei auf Joachim Hirsch verwiesen, der in seiner "Materialistischen Staatstheorie" gemäß dem Untertitel "Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems" (2005) den Begriff "Transformation" hauptsächlich mit dem Wandel der Staatsfunktionen in kapitalistischen Wirtschaftssystemen verbindet und Polanyis Hauptwerk "The Great Transformation" vermutlich nur wegen der gleichlautenden Terminologie in sein Literaturverzeichnis aufgenommen hat, ohne sich eingehend mit Polanyis Transformationsverständnis auseinanderzusetzen. Ähnliches gilt für den belgisch-deutschen marxistischen Theoretiker Ernest Mandel (1923-1995), dessen "Marxistische Wirtschaftstheorie" (1968) lediglich auf eine Bemerkung eines Mitautors von Polanyi in dem Buch "Trade and Markets in the Early Empires" eingeht, sowie für die Bücher anderer bedeutender marxistischer Autoren, wie den polnischen Ökonomen Oskar Lange (1904-1965; Politische Ökonomie, 1963; deutsche Übersetzung 1968) und den amerikanischen Marxisten Paul A. Baran (1910-1964, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, 1957; deutsche Übersetzung 1966), in denen Polanyi keine Erwähnung findet. Ebenso verhält es sich bei den aus der Frankfurter Schule hervorgegangenen Vertretern der linksintellektuellen Arroganz, die in der Bundesrepublik Deutschland der 1970er Jahre den Hegemonialanspruch im Diskurs kritischer Gesellschaftsanalyse erhoben, z.B. Jürgen Habermas (Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus, a.a.O. 1973) und Claus Offe (Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Edition Suhrkamp Nr. 549, 1972). Diese Autorenauswahl erhebt natürlich keinen Anspruch auf Repräsentativität.

38) Einer der damaligen Mitherausgeber, Thilo Sarrazin, hat jüngst in einem gleichermaßen Aufsehen wie Aufregung erregenden Buch ("Deutschland schafft sich ab") auf von der Politik offenbar vernachlässigte Aspekte der Integration von Immigranten (politisch korrekt: Menschen mit Migrationshintergrund) in Deutschland aufmerksam gemacht, dabei aber im Zusammenhang mit der seiner Ansicht nach zu erwartenden "Selbstabschaffung" Deutschlands zum Teil abstruse Thesen vertreten, die ihn dem Xenophobie- und Rassismus- bzw. Antisemitismusverdacht aussetzten. Hätte er sich an die methodologischen Anforderungen des Kritischen Rationalismus an eine wissenschaftlich einwandfreie Theorie, die er in den Anfangsjahren seiner Karriere offenbar geteilt hatte, gehalten, hätte er seine Thesen vermutlich nicht in dieser Form präsentieren dürfen.

39) Vgl. das programmatische Buch von Tony Blair "Meine Vision" (1996; deutsche Übersetzung 1997) und die Schriften seines Hauptberaters Anthony Giddens (politischer Soziologe an der renommierten London School of Economics), z.B. "Der dritte Weg - Die Erneuerung der sozialen Demokratie" (1998; deutsche Übersetzung 1999). In Deutschland hat insbesondere der damalige Bundeskanzler (von 1998 bis 2005) Gerhard Schröder diese Konzeption, verbunden mit dem Schlagwort "Neue Mitte", unterstützt, nicht zuletzt mit dem damals medial sehr stark fokussierten Schröder/ Blair-Papier "Europe: The Third Way/ Die Neue Mitte" (Juni 1999). In weiterer Folge führte dies zu dem unter dem plakativen Titel "Agenda 2010" politisch vermarkteten Richtungswechsel der deutschen Sozialpolitik, nämlich Leistungskürzungen bei erhöhter Eigenleistung, verbunden mit dem Appell an mehr Eigenverantwortung, insbesondere aber mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die unter dem Namen ihres "Erfinders", eines später wegen Korruption verurteilten VW-Managers (Hartz-Reform) bekannt wurde. Ähnliche Kürzungsmaßnahmen erleben wir derzeit, um die mit der Überwindung der aktuellen Finanzkrisen verbundenen budgetären Auswirkungen zu kompensieren.

40) In einer Buchbesprechung über linke Demokratiekritik französischer Intellektueller (Oliver Marchart, Die politische Differenz, 2010) bezeichnete der Feuilletonist der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT (Nr. 43, 21.10.2010, S. 52), Thomas Assheuer, Tony Blairs Dritten Weg, folgend Chantal Mouffe als den "Sand, den die herrschende Klasse den Ausgebeuteten in die Augen streut, um sie über die wahren Widersprüche im Kapitalismus hinwegzutäuschen."

41) Vgl. z.B. T. Eger/ H. Leipold, Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung im Experiment, in: H. Leipold (Hrgb.), Sozialistische Marktwirtschaften, Beck-Verlag (1975).

42) Unter "Allokation" versteht die Ökonomie jene Mechanismen, durch welche in einer Volkswirtschaft, in einem Gemeinwesen knappe Ressourcen ihren Verwendern zugeführt (wörtlich: "zugeteilt") werden. Das ist in einer marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie primär der Markt, aber auch die staatliche Intervention, die in demokratisch verfassten Gemeinwesen wiederum einerseits durch politische Wahlen - sei es in direkter oder indirekter Demokratie -, andererseits durch Verhandlungsprozesse (regierungsintern oder unter Beiziehung von Sozialpartnern) sowie apparatintern durch bürokratische Prozesse beeinflusst wird. In den "orthodoxen" planwirtschaftlich (kommandowirtschaftlich) organisierten Ökonomien der kommunistischen Diktaturen des ehemaligen "Ostblocks" spielten außer dem Staat (verkörpert durch die Planungsbürokratie) die anderen Allokationsmechanismen praktisch keine Rolle. Von der Allokation ("Zuteilung") ist die Distribution ("Verteilung") des von den genannten Allokationsmechanismen hervorgebrachten gesamtwirtschaftlichen Ergebnisses (des Sozialprodukts) zu unterscheiden. Diese unterliegt Gesichtspunkten sozialer "Gerechtigkeit" (Fairness), die kaum nach objektiven Kriterien gefunden werden können, sondern bei Vorgabe der notwendigen politischen Rahmenbedingungen ("Spielregeln") hauptsächlich dem freien Spiel von Gruppeninteressen in Form von Verhandlungslösungen überlassen bleiben (sollten). Marktwirtschaft und Demokratie sollte man im Übrigen, wie reale Beispiele zeigen, genauso wenig wie Planwirtschaft und Diktatur nicht unbedingt (im mathematischen Sinn) äquivalent setzen, weil auch in autoritären Regimen marktwirtschaftliche Elemente anzutreffen sind, solange sie sich regimekonform verhalten, wie es andererseits Demokratien mit planwirtschaftlichen Elementen gibt.